

München, 25. Februar 2013

**Stellungnahme zur Frage der Wesensverwandtschaft
von NPD und historischem Nationalsozialismus**

I. Allgemeines

II. Antisemitismus

III. Völkisch-biologischer Nationalismus

IV. Friedensfeindlichkeit und radikaler außenpolitischer Revisionismus

V. Die NPD und die nationalsozialistische Vergangenheit

VI. Geschichtsfälschende Leugnung von NS-Verbrechen und Schuldumkehr

VII. Übernahme nationalsozialistischer Repräsentationsformen

VIII. Überwindung der gegenwärtigen Demokratie und Legalitätstaktik

IX. Gewalt

X. Fazit

I. Allgemeines

Die mit dem vorliegenden Gutachten aufgeworfene Frage nach einer strategischen und programmatischen Wesensverwandtschaft zwischen NPD und Nationalsozialismus verweist grundsätzlich auf die kritischen Kennzeichen moderner demokratiefeindlicher Ideologien. Deren Charakteristikum war und ist es, dass sie sich der unausweichlich komplexen Wirklichkeit der modernen Welt kognitiv verweigern. Sie lehnen es ab, die pluralistisch verfasste Realität moderner Gesellschaften und freiheitlicher politischer Systeme zum Ausgangspunkt einer demokratisch legitimierten und sachbezogenen Politik zu machen. Stattdessen zwingen sie die politisch-kulturellen und sozial-ökonomischen Spannungen, Gegensätze und Konflikte, die modernen Gesellschaften notwendig innewohnen, in die Kategorien eines pseudo-moralischen Rigorismus, der am Ende nur Schuldige und Opfer kennt. Dem entspricht die **Verabsolutierung eines politischen Freund-Feind-Gegensatzes**, auf dessen Wirkung das gesamte politisch-soziale Geschehen reduziert wird. Damit werden die Komplexität der modernen Welt durch konkrete Schuldzuschreibungen scheinbar vereinfacht und ihre für den Zeitgenossen häufig schwer durchschaubaren Problemlagen propagandistisch „erklärt“. Eine solche „Erklärung“ enthält zugleich einen pseudo-juristischen und unentrinnbaren Schuldspruch über einige wenige, die als „Feinde“ der Eigengruppe konstruiert werden. Die Aktion des „Feindes“ erscheint dann als das Entscheidende, als die *causa prima* der als beängstigend, bedrohlich und zugleich als verwerflich empfundenen politisch-gesellschaftlichen Realität. An die Stelle eines pluralistischen Weltbildes tritt eine dichotomisch orientierte Kampfposition.

In dem Maße, in dem eine solche Ideologie den Anspruch auf die umfassende Erklärung von Politik und Gesellschaft, von Geschichte und Gegenwart erhebt, etwa durch die Behauptung, die Geschichte folge bestimmten „natürlichen“ Gesetzmäßigkeiten, gewinnt sie totalitäre Züge. Der Nationalsozialismus und die durch Adolf Hitler diktatorisch geführte NSDAP verkörperten die wohl folgenreichste Ausprägung einer solchen totalitär-ideologischen Bewegung.¹ Hitler selbst wies allein schon die bloße Feststellung, die moderne politische und soziale Welt sei komplex, als sinistre Behauptung derer zurück, welche die demokratisch-freiheitliche Verfassung der Weimarer Republik repräsentierten. Mit solcher „Komplizierung“ des öffentlichen Lebens kontrastierte er die „natürlichen Lebensgesetze“ und „den natürlichen Instinkt“ des Volkes:

„Der tiefste Grund unseres deutschen Zusammenbruchs ist der Verlust des natürlichen Instinkts und des natürlichen Denkens auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens. Unser gesamtes öffentliches Leben unterläuft einem [sic!] künstlichen Zersetzungsprozeß der Komplizierung. Wohin wir heute blicken, werden die

¹ Wieweit dies für den Kommunismus in ähnlicher Weise gilt, müsste im Einzelnen diskutiert werden, ist aber nicht Gegenstand dieses Gutachtens.

natürlichsten Vorgänge des Lebens, die selbstverständlichen Voraussetzungen des Lebens, so kompliziert dargestellt und künstlich so kompliziert, daß besonders die breite Masse eines Volkes gar keinen inneren Einblick mehr erhalten kann. Wir sehen, wie man hier planmäßig diese Verwirrung der Begriffe anstiftet, und zwar mit dem ausgesprochenen Zweck, dadurch Millionen von Menschen das gesunde natürliche Empfinden zu verwirren, den natürlichen Instinkt zu nehmen und ihnen die natürlichsten Lebensgesetze so zu komplizieren, daß Millionen aus ihnen nicht mehr klug werden, (Beifall) und daß sie mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht ohne jede praktische Erfahrung gar nicht wissen, was sie damit anfangen sollen. (Stürmischer Beifall.)“²

Die ideologiegeleiteten „Antworten“, die Hitler und die NSDAP während der Weimarer Republik der modernen „Komplizierung“ des öffentlichen Lebens entgegenhielten, wiesen einige wenige, aber charakteristische Merkmale auf. Im Vordergrund steht erstens die **Konstruktion der Eigengruppe**, das heißt das deutsche Volk, das biologisch und rassistisch definiert wird. Die politische Diagnose lautet zweitens: Das **deutsche Volk werde seiner „natürlichen“ und „gesetzmäßigen“ Bestimmung entfremdet** und verfehle damit seine biologischen und infolgedessen auch seine politischen wie kulturellen Lebensgrundlagen. Drittens werde diese Entfremdung und **politische Fehlleitung durch Feinde** in Gang gesetzt, die von außen und vor allem im Innern des Volkes ihre zersetzende und zerstörerische Aktivität verfolgen. Als Feinde werden identifiziert:

- die als „korrupte Profiteure“ diffamierten politischen Repräsentanten des demokratischen Staates. Dieser zerreiße das Volk, halte es in fortdauernder Uneinigkeit und liefere es damit letztlich seinen äußeren Feinden aus;
- die „Internationalisten“ aller Art, das heißt vor allem das internationale Finanzkapital sowie Marxismus/Sozialdemokratie/Bolschewismus;
- schließlich und vor allem „die Juden“, die als Repräsentanten des liberalen politischen Systems, des Marxismus/Bolschewismus und des Kapitalismus als dreifach Schuldige diffamiert und als der eigentliche biologisch-rassistische Hauptfeind des deutschen Volkes konstruiert werden.

Aus alledem ergibt sich eine totalitäre und demokratiefeindliche Ideologie, die von einem rigorosen, biologistisch-rassistisch fundierten Freund-Feind-Denken ausgeht und durch einen militanten Antiliberalismus, Antiindividualismus und Antisemitismus geprägt ist.

Diese Grundhaltung spiegelt sich auch im Parteiprogramm der NPD, das mit einem Endzeit-Szenario eröffnet, das immer wieder aufgegriffen wird. Es wirkt verstärkend auf Feindbilder und Aktivismus und fördert ein radikales, aufs Ganze gehendes Engagement der Parteianhänger. „Im 21. Jahrhundert entscheidet sich Sein oder Nichtsein des deutschen

² Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II/2 (August 1927-Mai 1928), hrsg. von Bärbel Dusik, München u.a. 1992, Dok. 203 (10.12.1927), S. 571f.

Volkes“, heißt es gleich zu Beginn (NPD-Programm AFV^a, S. 5). Spezifiziert heißt es später in ähnlich endzeitlicher Überspitzung „Integration ist Völkermord“. Die NPD betrachtet die Fortschritte der Integrationspolitik als „Angriff auf die deutsche Volkssubstanz“ (S. 13) und proklamiert: „Wir Nationaldemokraten sind im Existenzkampf um den Bestand unseres Volkes die Stimme des nationalen und sozialen Deutschlands“ (S. 6). Gewissermaßen in Umkehrung der Carl Schmitt'schen Sentenz „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“, zielt die NPD darauf, durch Proklamierung eines Ausnahmezustands zum Souverän zu werden.

Diese Konstruktion eines vorgeblichen existenziellen Ausnahmezustandes soll Angriffe auf die für die Gefahr verantwortlich gemachten Gegner legitimieren: „Deutschland befindet sich schon längst im Zustand eines Vorbürgerkriegs, der den Deutschen durch die Einführung einer ‚multikulturellen‘ Gesellschaft aufgezwungen wurde. Deshalb wird Deutschland nicht in aller Welt, sondern in seinen Großstädten verteidigt.“ (NPD-Parteiprogramm S. 18) Der letzte Satz nimmt klar Bezug auf die Begründung des bewaffneten Einsatzes deutscher Streitkräfte in Afghanistan durch den seinerzeitigen Verteidigungsminister Peter Struck (1943-2012) aus dem Jahr 2004.

Der eschatologische Aspekt findet sich ähnlich auch im nationalsozialistischen Diskurs, so etwa in Alfred Rosenbergs Einführung zum NSDAP-Programm, wo es heißt: „Jetzt ist die große Wende eingetreten, da es sich entscheiden muß, ob in Mitteleuropa nur ein Gemengsel Menschen leben wird [...] oder aber ob aus tiefster Schande der alte Idealismus sich noch emporzurecken vermag, um die 70 Millionen zu einer Volks- und Schicksalsgemeinschaft zusammenzuschmieden.“³ Hier wird deutlich, das mit der Formulierung „Nationaldemokratische Politik gründet im Geist des Deutschen Idealismus“ (PP^b NPD, S. 5) keinesfalls der Idealismus Kant'scher Prägung gemeint ist, sondern die Ausrichtung an völkisch-rassistischen Idealen.

Im Hinblick auf diese Ideologieelemente lässt sich eine Wesensverwandtschaft zwischen NPD und NSDAP eindeutig nachweisen.

II. Antisemitismus

Rassismus und Antisemitismus waren die Kernstücke des Programms Hitlers und der NSDAP. Nach 1933 wurden sie zur Staatsdoktrin des „Dritten Reichs“. Der Begriff „Jude“ wurde als Chiffre für verschiedene Feindbilder verwendet, gegen die sich die nationalsozialistische Hasspropaganda richtete. Das „internationale Judentum“ war der Sündenbock schlechthin und wurde für alle als negativ perzipierten politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen verantwortlich gemacht. Nach NS-Sprachgebrauch waren es der

^a Anmerkung der VfZ-Redaktion: „Arbeit. Familie. Vaterland.“

³ Rosenberg, Alfred: Parteiprogramm der NSDAP. München 1943, S. 7f.

^b Anmerkung der VfZ-Redaktion: Parteiprogramm.

„jüdische“ Bolschewismus, der „jüdische“ Kapitalismus, die „jüdische Zinsknechtschaft“, die Weimarer „Judenrepublik“, die „jüdische“ Friedensordnung von Versailles etc., von denen das deutsche Volk umstellt und bedroht wurde. Das antisemitische Feindbild, das die NSDAP mit anderen völkischen (und auch manchen nationalkonservativen) Gruppierungen teilte, hatte sich über die Jahrzehnte zum Phantasma einer „jüdischen Weltverschwörung“ verdichtet, wonach ein bestimmender jüdischer Einfluss sowohl im Marxismus und Bolschewismus, besonders in der Sowjetunion, als auch in den westlichen kapitalistischen Demokratien, besonders in den USA, und dem sie tragenden (Wirtschafts-)Liberalismus imaginiert wurde. „Judentum“ wurde gleichgesetzt mit dem „internationalen Finanzkapital“, mit Egoismus und Materialismus. Eine besonders häufige Metapher für das „Judentum“ war „Gift“, das die „Volksgemeinschaft“ zersetze und schwäche, etwa in der Niederlage und Revolution von 1918/19 oder im „schwachen“ demokratischen Weimarer „System“. Bereits das Parteiprogramm vom 24. Februar 1920 forderte daher den Kampf gegen den „jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns“ (Punkt 24) und postulierte (Punkt 4): „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist [...]. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“⁴ Hitler brachte seinen spezifischen „Antisemitismus der Tat“ am selben Tag in einer Rede auf den Punkt: „Erst die Schuldigen, die Juden hinaus, dann reinigen wir bei uns selbst (lebhafter Beifall).“⁵

Es fällt auf, wie sorgfältig die NPD in ihrem Programm – im Gegensatz zu Äußerungen ihrer Funktionsträger – antisemitische Äußerungen vermeidet. Allerdings sind ihre geschichtspolitischen Forderungen von einer Ausblendung sämtlicher NS-Verbrechen, insbesondere des Holocaust geprägt. Bemerkenswert ist ferner die Aussage des Parteiprogramms, dass „bauliche und kulturelle Veränderungen, etwa durch fremdreligiöse Bauten, [...] zu stoppen“ seien (S. 13, Unterabschnitt „Integration ist Völkermord“). „Eine besondere Gefahr für Identität und Kultur der Deutschen“ gehe, heißt es weiter, „nicht vom Islam als Religion aus, sondern von der Islamisierung.“ Dass sich die NPD nicht explizit gegen den Bau von Moscheen ausspricht, sondern allgemeiner gegen „fremdreligiöse Bauten“, ist kein Zufall, weil damit ihre Feindschaft gegen Synagogenneubauten einbezogen werden kann. Der Landesverband NRW der Partei proklamierte dies am 13. und 20. März 2004 in zwei Demonstrationen unter dem Motto „Stoppt den Synagogenbau!“ in Bochum. Ein behördlich verhängtes Verbot gegen diese Kundgebungen wurde vom Oberverwaltungsgericht und vom Bundesverfassungsgericht bestätigt, da die Initiative „in hetzerischer und aggressiver Weise das Ziel der Ausgrenzung der in Deutschland lebenden jüdischen Mitbürger verfolge“.⁶ Die NPD, die hiermit eine klare rechtliche Niederlage erlitten und auch politische Gegenwehr mobilisiert hatte, hält sich in ihrem Programm nun bedeckter. Allerdings sprach sich erst im Januar 2013 der stellvertretende NPD-Vorsitzende Karl Richter, der als Kandidat der NPD-Tarnorganisation „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ 2008 in den Münchener Stadtrat gewählt

⁴ Programm der Deutschen Arbeiterpartei (später NSDAP), München 24.2.1920, in: Deutsche Parteiprogramme, hrsg. v. Wilhelm Mommsen, München 1960, S. 548-550.

⁵ Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, hrsg. v. Eberhard Jäckel, Stuttgart 1980, S. 110 (24.2.1920).

⁶ <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg04-029.html>.

wurde, nach demselben demagogischen Muster gegen öffentliche Hilfe für die Restaurierung der alten Synagoge in der Reichenbachstraße aus.⁷ Die Forderung nach dem Stopp „fremdreligiöser Bauten“ enthält daher eindeutig eine antisemitische Komponente. Für die Anhängerschaft der NPD ist deren Chiffrierung ohne Weiteres zu decodieren.

Wenn in den weiteren NPD-Dokumenten ebenfalls „den“ Juden die Rolle eines Sündenbocks zugeordnet wird, so geht das an vielen Stellen deutlich über eine „antizionistische“ Kritik an der Politik Israels hinaus und knüpft, oft wortgleich, an die antisemitischen Stereotypen der NSDAP an. Es wiederholt sich die bekannte und daher stets als Subtext anklingende nationalsozialistische Gleichsetzung von „internationalem Judentum“ und „internationalem Finanzkapital“, „liberaler Demokratie“, den USA und seiner „Ostküste“ sowie teilweise sogar wieder Russland, auch wenn das Feindbild des „jüdischen Bolschewismus“, dessen „Vernichtung“ Udo Pastörs für eine „gute Idee“ hält (Beleg 266), an politischer Relevanz verloren hat. Die „jüdischen Bolschewisten“ sind durch die „meist jüdische[n] Oligarchen“ ersetzt (Beleg 262, Pastörs; ferner Beleg 332, Rose).

Besonders deutlich sind Äußerungen führender NPD-Politiker. So sieht der Bundesvorsitzende Holger Apfel die Bundesrepublik vom „internationalen Finanzkapital“ gelenkt und u.a. vom Zentralrat der Juden regiert (Beleg 255). Der stellvertretende Bundesvorsitzende und NPD-Fraktionsvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, hält den bundesdeutschen „Parteienstaat“ für nichts anderes als einen „verlängerte[n] Arm USraels“ – das letzte Wortspiel findet sich penetrant häufig in den NPD-Dokumenten – und bezeichnet die Bundesrepublik mit demselben Begriff, mit dem die Nationalsozialisten gegen die Weimarer Republik agitierten: „Judenrepublik“ (Beleg 269). In seinen Ausfällen gegen die „jüdisch-amerikanischen Interessen“ sieht Pastörs die globale Finanzkrise in jüdischen Akteuren personifiziert und greift auf aus der NS-Ideologie weithin bekannte antisemitische Stereotype zurück:

„Sagt Ihnen der Name Madoff was, sagt Ihnen der Name Alan Grünspan [gemeint ist: Greenspan] etwas? Der eine hat vor nicht allzu langer Zeit noch große Sprüche geklopft, dass es durchaus seriös sei, auf das Eigenkapital von Banken 20 und 25 Prozent Rendite zu erwirtschaften und Ackermann und Konsorten Gaunertum haben ihm das nicht nur nachgeplappert, sondern die sind dieser Krummnase kräftig auf den Leim gegangen, meine Damen und Herren. Und der Hebräer Madoff ist gerade dabei als der größte Anlagenbetrüger der Weltgeschichte mit 50 Milliarden Betrugssumme in die Geschichte einzugehen und das zeigt deutlich, welcher kapitalistisch-judaistische Geist vom Zins ausgehend, den menschlichen Völkern aufgezwungen worden ist und noch aufgezwungen wird, meine Damen und Herren.“ (Beleg 269, Pastörs)

In einer weiteren Rede wendet sich Pastörs gegen das Gedenken an die angeblich jüdische Kommunistin Clara Zetkin, spricht in diesem Zusammenhang von der „Knesset an der Spree in

⁷ <http://www.auslaenderstopp-muenchen.de/?p=3341>.

Berlin“ und legt den Gedanken nahe, die Abgeordneten des Bundestags seien „Hochverräter“ (Beleg 264). Auch an anderer Stelle bezeichnet er die Bundesrepublik als dem Untergang geweihte „Judenrepublik“ und konstatiert für die NPD den „unversöhnlichen Gegensatz zu der Realität in der globalisierten Welt USraelischer Prägung“. Wieder identifiziert er die „Ideologie“ eines Juden als Grund allen Übels und knüpft daran unverhohlen gewalttätige Überlegungen.

„War schon die Umsetzung des Modells von Keynes ein Unglück für die Umwelt und die Menschen besonders in der Dritten Welt, so ist das, was ab 1990 unter der Regierung der amerikanischen Ostküste und einer, damals Regierungschefin in England, Margret Thatcher abgelaufen ist, als geradezu sozial verbrecherisch zu bezeichnen. Heute leiden wir an der Umsetzung der internen Ideologie die viel schlimmer ist noch als das. Und zwar der Ideologie eines Milton Friedman. Alles, so Friedman, was Profit abwirft ist richtig. Und der Markt ist Gott. Das ist die Doktrin vereinfacht. Alles, was Profit abwirft, ist richtig. [...] Ist das eine Bande, liebe Freunde, gegen die wir ankämpfen müssen. [...] Da muss doch ein revolutionärer Geist in Europa entstehen um sich dieser Verbrecherbande zu entledigen, liebe Freunde. [...] In Russland bemächtigen sich meist jüdische Oligarchen des vom Volk geschaffenen Vermögens. Hier möchte ich nur kurz mitteilen, dass ein Oligarch gerade vor drei Monaten erschossen wurde in Moskau, der sich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern die Werften für ein Appel und ein Ei unter den Nagel gerissen hatte, ein gewisser Herr Burlakow, den ich im Landtag sehr stark angegriffen habe. [...] Und so ist es auch gekommen. Die Werft ist zu. Die Arbeiter entlassen. Und Burlakow erschossen, was nicht die schlechteste Lösung war.“ (Beleg 262, Pastörs)

Das von Pastörs mehr als nur angedeutete NS-typische Feindbild der „jüdischen Weltverschwörung“ wird auch in anderen NPD-Dokumenten, teilweise noch offener, angesprochen:

„Seit bald 100 Jahren tobt nahezu durchgehend ein Krieg mit stets den gleichen Opfern, nämlich den Völkern vornehmlich der weißen Welt und stets dem gleichen Verursacher, nämlich dem sich im Globalismus überhebenden Zionismus in Gestalt einer Gruppe handverlesener, überreicher Männer im Hintergrund. [...] Es geht für jene Hintergrundkämpfer um nicht weniger als die Weltherrschaft.“ (Beleg 310, Hennig)

Solche ideologischen Konstruktionen sind wesensverwandt mit dem Feindbild, das Hitler in „Mein Kampf“ (Bd. II, S. 279)^c beschwört: „Die Bolschewisierung Deutschlands, d.h. die Ausrottung der nationalen völkischen deutschen Intelligenz und die dadurch ermöglichte Auspressung der deutschen Arbeitskraft im Joche der jüdischen Weltfinanz ist nur als Vorspiel gedacht für die Weiterverbreitung dieser jüdischen Welteroerberungstendenz.“ Ebenso NS-

^c Anmerkung der VfZ-Redaktion: Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, hrsg. von Christian Hartmann u. a., im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. II, München 2016, S. [279].

verwandt liest sich die Polemik des baden-württembergischen NPD-Kandidaten Siegfried Gärtner gegen eine „private jüdische Clique“, die Staaten dominiere und eine „neue Zinsknechtschaft“ errichte:

„Eine private jüdische Clique stößt den eigenen Staat, oder die Staaten der Welt, in den Bankrott und wird von den Staaten gebeten, mit frischen Billionen alles wieder aufzubauen. Sie nehmen der Bevölkerung der von ihnen dominierten Staaten das Geld und geben es mit hohem Zinsaufschlag zurück. Sie bringen die Lebensgrundlagen der Menschen zum Einsturz, um sie dann mit neuen Krediten (neue Zinsknechtschaft) wieder zu ‚konsolidieren‘, also die Existenzgrundlagen der Menschen noch weiter auszuhöhlen. [...] Wo die aktuelle Beute aus dem Welt-Raubzug letztendlich hingegangen ist, darüber läßt sich spekulieren. Sonderbar ist nur, dass es nur ein einziges Land in der Welt gibt, das von der Finanzkrise nicht betroffen ist und im Geld schwimmt – Israel“ [...]. (Beleg 304, Gärtner)

Die Forderung nach „Brechung der Zinsknechtschaft“, die auf Gottfried Feder zurückgeht, findet sich bereits im Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920 (Punkt 11) und wurde von Hitler in „Mein Kampf“ aufgegriffen (Bd. I, S. 224):

„Als ich den ersten Vortrag Gottfried Feders über die ‚Brechung der Zinsknechtschaft‘ anhörte, wußte ich auch sofort, daß es sich hier um eine theoretische Wahrheit handelt, die von immenser Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes werden wird. Die scharfe Scheidung des Börsenkapitals von der nationalen Wirtschaft bot die Möglichkeit, der Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft entgegenzutreten, ohne mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt auch die Grundlage einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen. Mir stand die Entwicklung Deutschlands schon viel zu klar vor Augen, als daß ich nicht gewußt hätte, daß der schwerste Kampf nicht mehr gegen die feindlichen Völker, als vielmehr gegen das internationale Kapital ausgefochten werden muß.“

Für die NSDAP wie für die NPD war/ist das „internationale Finanzkapital“ ein maßgeblich von „jüdischen Hintermännern“ gesteuerter Hauptfeind. Die „Verinternationalisierung“ bzw. „Globalisierung“ und die daraus abgeleiteten Wirtschafts- und Finanzkrisen werden einseitig als Kennzeichen und Folgen einer weltweiten „jüdischen Verschwörung“ gedeutet.

Signifikant für die enge Verwandtschaft, die regelmäßig sogar wörtliche Übereinstimmung vieler NPD-Dokumente mit der antisemitischen NS-Agitation gegen Weimar, die USA, den Kapitalismus etc. ist auch der Artikel des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel über den Philosophen Theodor Adorno. Der Autor argumentiert mit der erwähnten „Gift“-Metapher, die sich auch in zahllosen NS-Propagandaschriften findet:

„Seit 1930 war Adorno Assistent am Frankfurter Institut für Sozialforschung, dessen Gründung 1923 der jüdische Millionärssohn Felix Weil finanziert hatte. Zusammen mit

Max Horkheimer, Herbert Marcuse und Friedrich Pollock, allesamt Söhne reicher Juden, machte Adorno das Institut schon zu Weimarer Zeiten zu einer neomarxistischen und neoanalytischen Denkschule. Deren ‚Kritische Theorie‘ verband in ihrer Gesellschaftstheorie sozioökonomische Auffassungen des Juden Karl Marx mit der Psychoanalyse des Juden Sigmund Freud. Mit scheinhumanitären Forderungen nach Demokratisierung, Emanzipation und Aufklärung rührten diese Köche eine ganz und gar nicht koschere Speise an: einen Giftfraß, der die inneren Organe und das Gehirn der deutschen Volksgemeinschaft anfressen sollte.“ (Beleg 294, Gansel)

In den NPD-Dokumenten werden Juden wiederholt mit Attributen und Metaphern bedacht, die auch NS-Propaganda-Organe wie der „Stürmer“ gebrauchten: „windig“ (Beleg 316, Krien), „nomadisch“ und „ortlos“ (Beleg 349 und 350, NPD-Parteivorstand), „schmarotzend“ (Beleg 307, Hennig), „Gauner“ (Beleg 318, Meenen), „Krummnase“ (z.B. Beleg 269, Pastörs) und „Nasen“ (z.B. Beleg 353, Button aus dem DS-Katalog: „Keine Macht den Nasen“).

Die Belege für die extrem antisemitische Einstellung von führenden Politikern und Publizisten der NPD sind so zahlreich und ihre Übereinstimmungen mit der NS-Ideologie bis in die Wortwahl hinein so evident, dass es über die Wesensverwandtschaft der NPD mit der radikalen Judenfeindschaft der NSDAP keine Zweifel geben kann.

III. Völkisch-biologischer Nationalismus

Für Hitler und die NSDAP war die „wahre“, die ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“ das wichtigste Ziel ihrer rassistischen Innen- und Biopolitik. Schon das Parteiprogramm von 1920 forderte sowohl Einwanderungsstopp als auch Ausweisung von seit August 1914 eingewanderten „Nichtdeutschen“ (Punkt 8). Die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ wurde über das „Blut“ definiert: „Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist“ (Punkt 4). Juden sollten nach dieser Definition ausgeschlossen sein. Die Inklusion der „Volksgenossen“ korrespondierte folglich mit der Selektion und Exklusion der „Gemeinschaftsfremden“. Dabei gingen physische Gewalt und juristische Ausgrenzung als propagierte und angewandte Mittel einher, um als Fremde, „Volksschädlinge“, „Lebensunwerte“ etc. klassifizierte Mitbürgerinnen und Mitbürger zu „verjagen“ oder „auszumerzen“, um nur zwei gängige Begriffe aus der mit martialisch konnotierten Gewaltbegriffen gefüllten Sprache der Nationalsozialisten zu erwähnen. Dadurch sollte der durch „Verjudung“ und andere fremde Einflüsse „verseuchte“ und geschwächte „Volkskörper“ gereinigt werden, und zwar gleichermaßen in seinem „Blut“ wie in seiner „Gesinnung“. Dem „artfremden“ Individualismus und Materialismus der liberalen Gesellschaft, der Aufklärung und des modernen Verfassungsstaates stellte die NS-Propaganda die Parole gegenüber: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“ Eine weitere wirkmächtige Beschwörungsformel war die der „Volksgemeinschaft“ als „Schicksalsgemeinschaft“ aller Deutschen, die ihre Eigengruppe zu reinigen und ihren „Lebensraum“ für die Zukunftsfähigkeit

der „Rasse“ zu erweitern habe. Das Programm von 1920 begründete das Ziel eines „Großdeutschland“ mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ (Punkt 1). Die Negativfolie war durchweg das „System“ der Weimarer Republik, die in ihrem Pluralismus als höchste Form der Degeneration angesehen wurde.

Auch das Parteiprogramm der NPD formuliert eindeutig den völkisch-rassistischen Anspruch eines homogenen Volks, das eine Einheit mit dem Staat bilden soll (S. 5 f.). Für Fremde dürfe es in Deutschland kein Bleiberecht geben, „sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat“ (S. 5, vgl. auch S. 12). Die zunächst postulierte Gleichheit aller Menschen „vor dem Gesetz und in der Unantastbarkeit ihrer Würde“ (S. 5) wird bald darauf durch die Feststellung relativiert, die „Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft. Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit; diese endet dort, wo die Gemeinschaft Schaden nimmt“ (S. 6).

Der völkisch-biologische Nationalismus der NPD äußert sich auch in ihren familienpolitischen Vorstellungen. Familienschutz soll der NPD zufolge dazu dienen, „charakterstarke, gemeinschaftsfähige, gesunde und leistungsstarke Kinder“ heranzuziehen. „Die Familie“, ist gemäß NPD-Parteiprogramm „als Trägerin des biologischen Erbes“ zugleich „die Keimzelle des deutschen Volkes.“ (PP NPD, S. 6-7). Dieses biologistische, auf die Vorstellung eines „Volkskörpers“ zielende Postulat ist im Zusammenhang mit der von der NPD geforderten Arbeitspflicht (PP NPD, S. 8), der Zielsetzung der Gesundheitspolitik zu einer „gesunden Lebensführung“, die zu einer „Hebung der Volksgesundheit“ führen müsse, sowie der besonderen Betonung von Sport und Ernährungslehre im Schulunterricht zu sehen. In ganz ähnlicher Weise verbindet das Parteiprogramm der NSDAP bildungspolitische Postulate, die sich bspw. in der Forderung nach körperlicher Ertüchtigung äußern mit der Forderung nach „Hebung der Volksgesundheit“ (wortgleich so auch im NPD-Programm), also gesundheitspolitischen Zielsetzungen. Beides sollte der Etablierung eines auf rassistischen Prinzipien basierenden, „artreinen“ und „gesunden“ „Volkskörpers“ dienen, der den NS-typischen Inklusions- und Exklusionsmechanismen unterworfen wurde. Eine offenkundige Gemeinsamkeit von NPD und NSDAP besteht auch in der völkisch-pronatalistischen Familienpolitik. Diese manifestierte sich während der NS-Herrschaft in sogenannten Ehestandsdarlehen oder der Verleihung von „Mutterkreuzen“, die Kinderreichtum honorierten. Auch die NPD strebt eine „besondere gesellschaftliche Würdigung der Leistung kinderreicher Familien“ an.

Vor dem Hintergrund ihrer völkisch-nationalistischen Grundausrichtung sind schließlich auch ihre wirtschaftspolitischen Forderungen zu lesen. Die NPD fordert eine „solidarische“ Wirtschaftsordnung (PP NPD, S. 8), die – das geht aus den sonstigen Postulaten einwandfrei hervor – sich ausschließlich auf die „Volksgemeinschaft“ beziehen soll. „Fremde“ will die NPD aus der Solidargemeinschaft ausschließen. Die Wirtschaft soll sich am „heimischen Lebensraum“ orientieren, der regionale Mittelstand gefördert werden, Monopole sind zu brechen, „Ausbeutung durch Zinsen“ oder „Zinswucher“ sind zu bestrafen (PP NPD, S. 9f.). Die

NPD wendet sich dabei gegen eine „liberalkapitalistische Wirtschaftsordnung“ und stellt dieser das Konzept einer „Solidargemeinschaft aller Deutschen“ entgegen (PP NPD, S. 10). Das Parteiprogramm der NSDAP argumentiert ganz ähnlich. Die Mittelstandsförderung ist auch dort mit der Forderung nach „Brechung der Zinsknechtschaft“ und nach Verstaatlichung der Trusts verbunden. Völkisch-antisemitische und fremdenfeindliche Kategorien kennzeichnen wiederum die Vorstellungen, was als gemeinnützig zu gelten hat. Entsprechend ihrer Zielvorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft fordert die Partei die „Rückführung von Ausländern“. Sie orientiert sich bei diesem Begriff nicht am Kriterium der Staatsbürgerschaft, sondern an einem eigenen, allerdings nicht näher definierten Begriff des „Fremden“. So heißt es auf S. 6 des Programms: „Eine Überfremdung Deutschlands, ob mit oder ohne Einbürgerung, lehnen wir strikt ab.“ Nach NPD-Kriterien als „Ausländer“ eingestufte Arbeitnehmer sollen aus der Sozialversicherung ausgegliedert und von einem „Ausländersozialfonds“ versorgt werden, der durch Minderleistung Auswanderungsdruck erzeugen soll (NPD PP, S. 11).⁸ Der völkisch-biologistische Nationalismus des NPD-Programms steht bis in einzelne Formulierungen hinein dem der NSDAP äußerst nah.

Die Belege der Materialsammlung für die **Aneignung und den Gebrauch der skizzierten ideologischen Versatzstücke aus dem Fundus der NSDAP sind eindeutig**. Führende NPD-Politiker und ihre Organe scheuen sich nicht, die Argumentation und Terminologie der NSDAP zu übernehmen und auf die gegenwärtigen Verhältnisse zu übertragen. Das „deutsche Volk“ ist durchgehend der politische Ausgangspunkt der NPD, ihres Programms⁹ und ihrer Propaganda. Dabei lassen die Vertreter der Partei keinen Zweifel daran, dass jeder Definition von Volk und Nation ein völkisch-rassistischer Begriff zugrunde liegt, der einen quasi-determinierenden Konnex von „Boden“ und „Volk“ konstruiert, in dessen Imagination eine ausschließlich „blutmäßige“ Abstammung als gegeben gesetzt wird. So heißt es in einer Argumentationshilfe für Mandats- und Funktionsträger der Partei:

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Eine Volkszugehörigkeit kann man sich genauso wenig aussuchen wie die eigenen Eltern — Volkszugehörigkeit ist Schicksal. In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren. [...] Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (der BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. [...] Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb

⁸ Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern und einer gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen. In ihrer Ausgestaltung von Pflichten und Ansprüchen hat sie auch dem Rückführungsgedanken Rechnung zu tragen. Die Ausstattung eines Ausländersozialfonds ist durch die Fremden selbst und Unternehmen, die diese beschäftigen, zu finanzieren. Asylbewerber haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

⁹ Siehe Punkt 1 des NPD-Parteiprogramms („Grundlage des Staates ist das Volk“), in: http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_parteiprogramm_a4.pdf.

körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie mutieren durch die Verleihung eines Passes ja nicht zu Deutschen. [...] Deutscher ist, wer deutsche Eltern hat, also wer deutscher Abstammung ist. Deutsch ist eine ethnische Herkunftsbezeichnung und keine Bezeichnung des zufälligen Geburtsortes, momentanen Wohnortes oder des Passes. [...] Deutscher ist man von Geburt oder eben nicht; aber man wird es nicht durch Annahme der Staatsbürgerschaft.“ (Beleg 696, Gansel)

Siehe auch Beleg 693: Deutscher könne nur sein, „*wer Abkömmling einer deutschen Mutter und eines deutschen Vaters sei*“.

Aus dieser biologischen, „blutmäßigen“ Definition des Volkes und der Volksgemeinschaft ergibt sich, dass aus Sicht der NPD eine Assimilation „fremdrassiger“ Einwanderer nicht nur unerwünscht, sondern qua „natürlicher“ Determination unmöglich ist. So sei der Versuch abzulehnen, „*aus diesen fremdrassigen und aus anderen Kulturkreisen hier hinein gewanderten Menschen, aus diesen Leuten Deutsche zu machen. Das funktioniert nicht. Weil nicht nur das Äußere einen Unterschied ausmacht im Völkerleben, sondern jedes Volk eine sogenannte Volksseele hat.*“ (Beleg 649, Pastörs)

Dies entspricht exakt der Hitlerschen Auffassung, eine „Germanisierung“ im Sinne einer Eindeutschung nichtdeutscher Bevölkerungsanteile sei nicht nur unmöglich, sondern eine „Bastardisierung“ und damit für das „germanische Element“ schädlich:

„Es ist aber ein kaum faßlicher Denkfehler, zu glauben, daß, sagen wir, aus einem Neger oder einem Chinesen ein Germane wird, weil er Deutsch lernt und bereit ist, künftighin die deutsche Sprache zu sprechen und etwa einer deutschen politischen Partei seine Stimme zu geben. Daß jede solche Germanisation in Wirklichkeit eine Entgermanisation ist, wurde unserer bürgerlichen nationalen Welt niemals klar. Denn wenn heute durch das Aufoktroyieren einer allgemeinen Sprache bisher sichtbar in die Augen springende Unterschiede zwischen verschiedenen Völkern überbrückt und endlich verwischt werden, so bedeutet dies den Beginn einer Bastardierung und damit in unserem Fall nicht eine Germanisierung, sondern eine Vernichtung germanischen Elementes.“ (Hitler, Mein Kampf, Bd. II, S. 19)^d

Hitler wollte dementsprechend allein eine „Germanisierung“ des Bodens forcieren, eine Haltung, die faktisch die Deportation einheimischer Bevölkerungsteile aus dem von Deutschen eroberten „Lebensraum“, eine „ethnische Flurbereinigung“ bedeutete und im Verlauf des Zweiten Weltkriegs die deutsche Besatzungsherrschaft in Polen und in der Sowjetunion determinierte.

Die NPD-Ideologen folgen Hitler und dem Nationalsozialismus auch in der sozialdarwinistischen Auffassung von der Existenz des eigenen Volkes. So bekennen sich die

^d Anmerkung der VfZ-Edition: Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. II, S. [19].

Jungen Nationaldemokraten (JN) in Chemnitz gegenüber dem Liberalismus mit seinen Erscheinungen wie „*Gleichheitswahn, Individualismus, Degeneration, Feminismus*“ zu einer sozialdarwinistisch abgeleiteten Position des politisch-ideologisch „Stärkeren“, der seine Einsichten aus den „Gesetzen“ der Natur bezieht:

„Aber erst wenn ein ganzes Geschlecht ahnt, dass nur noch dort Werte geschaffen werden, wo wieder das Gesetz des Blutes Idee und Tat des Menschen bestimmen, wird auch unsere Weltanschauung ihren Durchbruch erfahren. Aber der Masse bleibt jede Erkenntnis verschlossen. Darum müssen die wenigen Starken dem Ganzen Fackel sein. Es gilt, dem Liberalismus mit all seinen Verästelungen eine nüchterne, naturwissenschaftlich geschützte und lebensbejahende Weltanschauung entgegenzusetzen, welche an die Naturgesetze gebunden ist. Nur so lässt sich in ferner Zukunft eine Gesellschaftsordnung formen, die auch Antworten auf viele politische Fragen gibt. Denn für die Klärung und Lösung derer bedarf es einer organischen gesetzgebenden Ordnung. Dort, wo sie fehlt, ordnet die Natur. Aber wir sollten uns immer bewusst sein, dass ein schwaches, müdes und konsumierend-sattes Volk durch die Natur ebenfalls gerichtet wird.“ (Beleg 699, JN Chemnitz)

Konträr zu ihrem Bild vom „herrschenden System“ beanspruchen die „Nationalen“ einen „natürlichen Freiheitsbezug“, der „dem ewigen Gesetz des Lebens“ diene (Beleg 652, Pastörs). In diesem Zusammenhang gelte es auch, die Jugend „für den Kampf um das Dasein unseres Volkes [...] disziplinierter, straffer und strammer“ aufzustellen (Beleg 671, Fischer). Die imaginierte Konstruktion der rassistisch homogenen „Volksgemeinschaft“ scheint durch, wenn Parteisprecher dazu aufrufen, Multikulturalismus als die „genetisch-physische Zerstörung des Volksganzen“ zu bekämpfen (Beleg 654, Pastörs) und den „biologischen Bestand unseres Volkes zu sichern“ (Beleg 719, NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern). Die westlichen Gesellschaften finden sich als „multikulturelle Mißtrauens- und Konfliktgemeinschaften“ und „herunterindividualisiertes Völkergemisch“ diffamiert, denen die von der NPD beschworenen „ethnokulturell homogene[n] Gemeinschaften“ (Beleg 661, Gansel) als Idealbild gegenübergestellt werden.

In diesem Sinne wird auch der Begriff des „Volkes“ gegen den der „Nation“ ausgespielt, was an ältere ideologische Strömungen anknüpft. Das Verbundenheitsgefühl der Gemeinschaft, das in der Nation zutage trete, werde demnach stärker, „wenn die Nation nur ein Volk einer Menschenart umschließt, denn die Gebundenheit zur Art ist stärker als die zur Nation, weil sie naturgesetzlich ist. Dieses blutgebundene Gesetz trägt jeder einzelne Mensch in sich“ (Beleg 711).

Die „natürliche“ und „blutgebundene“ Verfasstheit des Volkes ist die „Volksgemeinschaft“, womit die NPD unmittelbar nationalsozialistisches Gedankengut und dessen Begrifflichkeit übernimmt. Dies gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, dass der Begriff der „Volksgemeinschaft“ bis 1933 weit über das nationalsozialistische Spektrum hinaus verwendet wurde. Denn die Autoren und Propagandisten der NPD lassen keinen Zweifel

daran, dass es ihnen um ein biologisch-rassistisches, scharf dichotomisches und damit strikt exkludierendes Konzept der Volksgemeinschaft geht. Volksgemeinschaft wird begriffen als „blutgebundene“ Kampf- und Schicksalsgemeinschaft, die strikt antiindividualistisch gegen persönlichkeitsgebundene Freiheitsrechte argumentiert und diese im „Volkkörper“ zu homogenisieren trachtet. Auf diese Weise soll sie die gewünschte völkische Gegenkraft gegen die als bedrohlich wahrgenommenen Kennzeichen der modernen Welt wie Individualismus, Globalisierung, Multikulturalismus und Ökonomisierung generieren. Aus der Fülle der Belege einige Beispiele:

- *„Streben wir also nach einer Volksgemeinschaft, müssen wir zunächst eine eigene Kampfgemeinschaft gründen. Eine Gesellschaft ist lediglich ein Zweckverband, aus dem man ein- oder austreten kann. Das Volk dagegen ist eine Schicksalsgemeinschaft, da wir schicksalhaft in dieses hineingeboren werden.“ (Beleg 670, Dornbach)*
- *„Alle Rechte und somit auch alle Pflichten entstehen aus der Gemeinschaft, in die man hineingeboren wurde. Alles andere wäre lebensverneinend. Demnach kann es auch keine Freiheit des Individuums geben, es gibt nur eine Freiheit der Völker. Weil dies die einzigen natürlich gewachsenen Gemeinschaften sind, in denen sich das Leben des Einzelnen vollzieht. Weil der Einzelne Teil dieser Gemeinschaft ist, nimmt er an dieser Freiheit teil. Er handelt frei und fühlt sich frei, wenn er dem Wesen seiner Gemeinschaft – der Volksseele – entsprechend handelt, wenn er der Stimme seines Blutes folgt.“ (Beleg 716)*
- *„Nur in der Volksgemeinschaft können sich all jene, die das Globalkapital vom Wertschöpfungsprozeß ausgeschlossen hat oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen ausbeutet, wieder als sozial integrierter Teil des Volksganzen fühlen und damit Würde und Lebenssinn zurückerhalten. Im Land gibt es eine bisher richtungslose antikapitalistische Sehnsucht¹⁰, die in nationale Protestbahnen gelenkt werden muß – das heißt konsequent gegen Zuwanderung, EU-Fremdbestimmung und Globalisierung zu richten ist [...] Eine nationale Solidar- und Gerechtigkeitsbewegung steht auch in strikter Gegnerschaft zur multikulturellen Gesellschaft, weil mit einer intakten Volksgemeinschaft das Menschliche schlechthin steht und fällt. Globalisierung und Multikulturalisierung sind siamesische Ausgeburten des gleichen enthemmten Kapitalismus, der alle soziokulturellen Gemeinschaftsbande auflöst“ (Beleg 661, Gansel).*

In diesem Sinne knüpft die NPD sprachlich und begrifflich ganz offen an die NS-Vergangenheit an, wenn sie einen „nationalen Sozialismus“ fordert. Er soll zum „Mittelpunkt unserer Lebensanschauung“ werden und ist gekennzeichnet durch: „den Lebensraum, das Blut, die

¹⁰ „Antikapitalistische Sehnsucht“ ist ein direktes Zitat aus der bekannten Rede des NSDAP-Organisationsleiters Gregor Strasser am 10. Mai 1932 im Reichstag.

Kultur und die Geschichte dieser Schicksalsgemeinschaft“ (Beleg 698, JN Oranienburg). Diese „Volksgemeinschaft“ soll dazu dienen, die Deutschen zu einen und die sozialen Gegensätze dadurch einzuebneten, dass jeder Deutsche in ihr gleichberechtigt mitarbeitet, *„sei es mit der Stirn oder der Faust“* – wie es unter direkter Zitation Adolf Hitlers heißt.¹¹ *„In einer von uns angestrebten Volksgemeinschaft zählt Standes und Klassendünkel nicht mehr“* (Beleg 705, Leipzig).

Es wird kein Zweifel daran gelassen, dass die postulierte „Volksgemeinschaft“ – wie die „NS-Volksgemeinschaft“ – exklusiv und exkludierend gestaltet sein soll. In den Ankündigungen, dass die „Fremdkörper“ aus Deutschland zu entfernen seien, zeigt die NPD erneut eine enge Verwandtschaft zu gleichlautenden Drohungen der NSDAP vor 1933. *„Und wenn wir hier in Deutschland keine Fremdkörper assimilieren wollen, deswegen sagen wir, dass wir diese Menschen hier in Deutschland mit acht oder neun Millionen in Zukunft nicht mehr dulden dürfen“* (Beleg 649, Pastörs). Das gilt nicht nur für die nach einem „Gesetz des Blutes“ (Beleg 699) nicht als deutsch zu betrachtenden ausländischen Bewohner Deutschlands – für diese komme ohnehin nur die „Rückführung samt Sippen unter Strafandrohung binnen längstens eines Jahres“ in Frage (Beleg 166, BfV^e). Das gilt auch für jene, die abstammungsmäßig zwar Deutsche sind, aber gegen das Wohl der „Volksgemeinschaft“ verstoßen:

„Zeigt ein Volksgenosse durch sein Handeln, daß er kein Gewissen hat, daß ihm das Wohl der Volksgemeinschaft gleichgültig ist, dann muß ihm seine Handlungsfreiheit genommen werden, weil sein Handlungsweise gegen Volk und Art, sowie gegen die Stärke und Kraft seines Volkes gerichtet ist.“ (Beleg 711)

Damit ist exakt die nationalsozialistische Herrschaftspraxis gegenüber sogenannten „Gemeinschaftsfremden“ evoziert, die im NS-Regime durch eine Fülle von Zwangsmaßnahmen durchgesetzt wurde. „Arier“, die sich nicht in den politisch-sozialen Funktionszusammenhang des Regimes einordnen wollten, mussten mit verschärfter Überwachung, strafrechtlicher Verfolgung, Internierung und KZ-Haft rechnen, weil sie sich aus Sicht der Machthaber „volksfeindlich“ betätigten und sich der projizierten naturgeleiteten Homogenisierung verweigerten.

Im Zielbild einer rassistisch homogenisierten „Volksgemeinschaft“ mit der gleichzeitigen Exklusion „Gemeinschaftsfremder“ ist eine Wesensverwandtschaft zwischen NPD und NSDAP eindeutig erkennbar.

¹¹ Siehe Hitler im „Völkischen Beobachter“ vom 5.6.1921: „Wir Nationalsozialisten und deutsche Arbeiter der Stirne und der Faust wollen uns zum Kampf bereiten“, sowie am 26.4.1923: „Sie müssen sich gegenseitig wieder achten lernen, der Arbeiter der Stirne den Arbeiter der Faust und umgekehrt.“ Beides nach: Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, hrsg. v. Eberhard Jäckel, Stuttgart 1980, S. 433 u. 913.

^e Anmerkung der VfZ-Redaktion: Bundesamt für Verfassungsschutz.

IV. Friedensfeindlichkeit und radikaler außenpolitischer Revisionismus

Neben dem extremen und gewalttätigen Rassismus/Antisemitismus sowie der völkisch-nationalistischen Verheißung der „Volksgemeinschaft“ war der radikale Revisionismus gegen die Versailler Friedensordnung mit allen, auch kriegerischen Mitteln die dritte Säule der NS-Programmatik. Das ging weit über die auch von anderen Parteien geforderte Revision der Vertragsbestimmungen von 1919 (Grenzziehung, Reparationen, Rüstungsbeschränkung etc.) hinaus und zielte auf die Zerstörung der „artfremden“, durch das „Versailler System“ der Siegermächte gestützten Demokratie sowie auf eine geistige und materielle Vorbereitung von Angriffs- und Eroberungskriegen. Damit verbunden war die Agitation gegen die angebliche „Kriegsschuldlüge“, gegen „Kriegsverbrechen der Entente“, gegen die vermeintlichen „Novemberverschreiber“ von 1918 und gegen die „Erfüllungs-“ und „Verzichtspolitiker“ der Weimarer Republik.

Analog dazu negiert die NPD die seit 1945 erzielte internationale Friedensordnung. Sie bestreitet die Legitimität der Grenzen der heutigen Bundesrepublik, wie sie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag und den deutsch-polnischen Grenzvertrag 1990/91 abschließend festgelegt wurden. Das Bundesvorstandsmitglied Karl Richter spricht von der *„durch nichts, aber auch gar nichts legitimierten Ostgrenze unseres Landes“* (Beleg 746, Richter). Polen halte *„immer noch große Teile des legitimen deutschen Staatsgebietes besetzt“* (Beleg 754, Richter). Dementsprechend reden NPD-Vertreter von *„polnisch verwalteten Ostgebieten“* (Beleg 813, Radzimanowski) und erheben aggressive Ansprüche gegen das Nachbarland Polen, etwa: *„Görlitz ist und bleibt eine deutsche Stadt. [...] Dies gilt für mich unmissverständlich auch für den östlichen Teil von Görlitz [Zgorzelec] jenseits der Neiße.“* (Beleg 840, Storr) Diese Äußerungen sind nicht nur der Ausdruck einer prinzipiellen Nichtanerkennung von Friedensregelungen nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern bestreiten zugleich auch die Legitimität der höchsten deutschen Verfassungsorgane (Regierung, Parlament, Bundespräsident), dergleichen vertragliche Regelungen treffen zu können. Indem die demokratisch abgeleiteten Entscheidungen der Verfassungsorgane als illegitim verstanden werden sollen, stellen sich NPD-Autoren gegen die demokratische Struktur des Verfassungsstaates. Richter beschimpft die an den Verträgen beteiligten Politiker als *„Verzichtspolitiker, die geschehenes Unrecht für sakrosankt und Grenzziehungen für etwas Ewigültiges halten. Die Geschichte lehrt hingegen, daß das nicht der Fall ist.“* (Beleg 749, Vergeiner alias Richter). Wie erwähnt, hat der Terminus „Verzichtspolitiker“ eine Analogie in der Weimarer Republik, wo er – noch häufiger allerdings der semantisch gleichwertige Terminus „Erfüllungspolitiker“ – ebenfalls von Rechtsextremisten benutzt wurde, um jene politischen Kräfte zu diskreditieren, die sich um eine friedliche und schiedliche Regelung der Folgen des Ersten Weltkriegs bemühten. Ohne dies explizit zu formulieren, lässt die Feststellung der Revidierbarkeit von Grenzen als „Lehre“ aus der Geschichte die Hitlersche Außenpolitik nach 1933 anklingen.

In ihrem Parteiprogramm fordert die NPD den Austritt Deutschlands aus supranationalen Institutionen, insbesondere der Europäischen Union und der NATO „zur Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und Handlungsfreiheit. Das wichtigste Instrument zur Durchsetzung deutscher Lebensinteressen sei der handlungsfähige Nationalstaat“ (NPD PP, S. 5). Die durch den Zwei-plus-Vier- und den deutsch-polnischen Grenzvertrag 1990 bestimmten territorialen Grenzen Deutschlands erkennt die NPD nicht an. Diese Grenzen werden – in einer für den Rechtsextremismus typischen zynischen Begriffsumdeutung unter der Überschrift „Bekanntnis zum Völkerrecht“ – als „von den Alliierten erzwungen“ eingestuft. Die NPD fordert hingegen „eine Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen“, wobei diese Grenzen nirgends genauer definiert werden. Wenn die Forderung erhoben wird, dass hierüber „im Rahmen einer europäischen Friedensordnung ein Friedensvertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges abzuschließen“ sei (NPD PP, S. 14), bleibt die Frage nach dem politischen Weg dorthin offen. Weil zugleich die bestehende Friedensordnung als von ebendiesen Siegermächten erzwungen eingestuft wird, scheint ein friedlich-schiedlicher Weg innerhalb dieses Szenarios schwer vorstellbar.

Die NPD fordert, „den in den abgetrennten Gebieten verbliebenen Deutschen zu helfen, ihre deutsche Kultur und ihre nationale Identität zu bewahren“; sie verbindet dies mit der ausdrücklichen Perspektive der (Wieder)aneignung der in Rede stehenden, aber in ihrer Ausdehnung nirgends genau definierten Territorien. Mit der Forderung nach einer Minderheitenpolitik als Instrument des Grenzrevisionismus bewegt sich die NPD in einer nationalistischen Tradition, die in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurückreicht und vom NS-Regime radikalisiert wurde.

Die NPD proklamiert die Armee als „Schule der Nation“, eine klare Abkehr von den demokratischen Grundsätzen der Inneren Führung. „Traditionsgrundlage und Vorbild für die deutsche Armee ist die tapfere Haltung der deutschen Soldaten aller Zeiten“, heißt es im Programm. Damit ist die Wehrmacht als Instrument der aggressiven Eroberungspolitik des NS-Regimes ausdrücklich eingeschlossen. „Der Generalstab“ der von der NPD angestrebten Nationalarmee hat laut Programm „die Aufgabe, in Friedenszeiten ständig angepaßte Planungen auszuarbeiten, die es im Verteidigungsfall der Truppe ermöglichen, mit größter Aussicht auf Erfolg die Außengrenzen unseres Landes zu schützen.“ Da die geltenden Außengrenzen von der NPD nicht anerkannt und die angestrebten Grenzen nicht klar definiert sind, deutet dieser Programmsatz auf eine versteckte Absicht militärischer Expansion. Diese geht auch aus der Erklärung hervor, dass ein durch – offenkundig deutsche – Atomwaffen abgesichertes „europäisches Sicherheitssystem“ ein „Interventionsverbot für raumfremde Mächte in Europa“ gewährleisten soll. Das NPD-Programm bedient sich hier einer Formel Carl Schmitts aus seiner Schrift „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für

raumfremde Mächte“, die zuerst 1939 und dann in zweiter Auflage 1941^f erschien. Schmitt entwickelte darin unter explizitem Bezug auf die Politik Hitlers das Konzept einer „von einem Volk getragenen volkhafte Großraumordnung“, wobei er für das Deutsche Reich den „mittel- und osteuropäischen Großraum“ beanspruchte und dies u.a. mit dem Verweis auf die dortigen deutschen Minderheiten zu legitimieren suchte.

Das außenpolitische Programm der NPD enthält nur wenig kaschiert ein extrem aggressives außenpolitisches Projekt, für das folgende Elemente kennzeichnend sind:

- ⇒ Nichtanerkennung der bestehenden Friedensordnung und Grenzregelungen
- ⇒ Austritt Deutschlands aus supranationalen Organisationen
- ⇒ Aufbau einer von militaristischem und nazistischem Gedankengut geprägten Nationalarmee, die über Atomwaffen verfügen soll
- ⇒ Nutzung deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa als „Agenturen“ für Revisionsansprüche
- ⇒ Errichtung eines Großdeutschlands sowie
- ⇒ eines „europäischen Sicherheitssystems“ als deutsch dominierter Großraum „mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“

Dass diese Ziele auf friedlichem Wege nicht erreichbar sind, liegt auf der Hand. Die Grenzrevision soll offenkundig in einem „Verteidigungsfall“ als „Schutz der Außengrenzen“ realisiert werden. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass die NPD die Revision der als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, der Entspannungspolitik und der Wiedervereinigungspolitik von 1989/90 entstandenen europäischen Friedensordnung durch einen neuen Krieg anstrebt, bei dem die USA durch deutsche Atomwaffen abgeschreckt oder auch bekämpft werden sollen (im Programm wird die Fähigkeit zur Anwendung von Nuklearwaffen ausdrücklich hervorgehoben); eine deutsche Dominanz in Europa wäre die gewünschte Folge. Eine Differenz zur Politik der NSDAP ist darin zu sehen, dass ein gutes Verhältnis zu Russland angestrebt wird, das allerdings zwischen 1939 und 1941 zeitweilig auch zwischen dem NS-Staat und Stalins Sowjetunion bestand.

In den vorgelegten NPD-Dokumenten ist „Versailles“ durch „Potsdam“, „1914/18“ durch „1939/45“ und „Weimar“ durch „BRD“ ersetzt; die Verwandtschaft und teilweise Identität der revisionistischen Argumentation und Terminologie ist offenkundig. Nach den Auslassungen der NPD und ihrer Vertreter tragen Polen, Großbritannien und Frankreich, nicht Deutschland, die Schuld am Beginn des Zweiten Weltkriegs; es sind demnach die Alliierten, die für zahlreiche Kriegsverbrechen bis zum Massenmord bzw. Völkermord verantwortlich zeichnen. Dies gilt namentlich für die Opfer des strategischen Luftkriegs (Belege: siehe unten Kap. V und VI)

^f Anmerkung der VfZ-Redaktion: 1940 erschien eine zweite Ausgabe, 1941 eine um das Kapitel „Reich und Raum“ und mehrere Zusätze erweiterte Ausgabe.

sowie für das „Jahrhundertverbrechen der Vertreibung“ (Beleg 757, Richter). Aus Sicht der NPD-Autoren verwirklichten die Siegermächte nach 1945 verbrecherische Kriegsziele und kreierten die Bundesrepublik Deutschland als willfährigen Erfüllungsgehilfen:

„Die Kriegsziele der Gegner sind nach 60 Jahren fast erreicht. In Westdeutschland sind in den meisten Bezirken vieler Großstädte kinderreiche arabische und türkische Familien in der Mehrheit. Berlin ist in Mitteleuropa so etwas wie das Paradebeispiel für Überfremdung und antideutsche Landnahme geworden.“ (Beleg 782, Guse)

Die NPD-Angriffe richten sich vor allem gegen die angeblichen „Verzichtspolitiker“ der Bundesrepublik und die „Geschichtsfälschungen“ der Historiker (Beleg 761, Richter; weitere Belege: siehe unten Kap. VI), die den „Schuld- und Sühnekult der selbsternannten ‚Demokraten‘“ (Beleg 763, Gansel) förderten. Die Bundesrepublik sei „bis zum heutigen Tage ein Besatzerkonstrukt“, ihre Politiker „Stiefelknechte der internationalen Hochfinanz, des Auslands und der Ausländer“ (Beleg 869, NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern). Der 8. Mai 1945 sei kein Tag der Befreiung und im April 1945 hätten sich in Torgau nicht die Befreier, sondern die „Unterwerfer und Mörder“ die Hände geschüttelt (Beleg 1135, NPD Sachsen). Demgegenüber werden die deutsche Kriegsschuld, der Holocaust und andere NS-Verbrechen gelehnet oder zumindest relativiert, die Grenzziehungen besonders im Osten nicht anerkannt und ihre Revision gefordert.

Die Parallelen zwischen den von den Nationalsozialisten bis 1945 propagierten apologetisch-aggressiven historisch-politischen Lesarten internationaler Beziehungen und den nun von NPD-Autoren bis zur Gegenwart bemühten Konstruktionen kontrafaktisch-umwertender Formulierungen sind evident.

V. Die NPD und die nationalsozialistische Vergangenheit

Parteilpolitische Programme sind immer auch das Ergebnis einer Sammlung und Auswahl von ideologischen Versatzstücken. Entsprechend groß sind die Kombinationsmöglichkeiten, die sich dabei bieten. Ein gutes Beispiel für die ideologische Heterogenität ein und desselben politischen Lagers ist die deutsche Rechte in der Zeit der Weimarer Republik. Erst der NSDAP gelang es, einen großen Teil der zahlreichen rechtsextremen Gruppierungen zu sammeln und sich – über das rechte Spektrum hinaus – als „erste deutsche Volkspartei“ zu präsentieren. Erinnerung sei an eine Beobachtung Ernst Jüngers, der recht früh erkannte, wie groß und heterogen das Spektrum der deutschen Rechten in der Zeit vor dem Nationalsozialismus war. Mit dem Nationalsozialismus habe sich dann – so sein Urteil – die primitivste und brutalste Variante durchgesetzt.

Vor diesem Hintergrund wäre nach 1945, nach der totalen Niederlage und der Zerschlagung der NSDAP, erwartbar gewesen, dass sich am rechten Rand der bundesdeutschen

Parteienlandschaft ein Spektrum rechtsextremer und rechtsradikaler Gruppierungen entwickeln würde. Das heterogene parteipolitische Gefüge der Weimarer Rechten hätte genügend weltanschauliche Anknüpfungspunkte geboten. Eine Neupositionierung der rechten „Szene“ in der Bundesrepublik schien vor allem das katastrophale Ende des „Dritten Reichs“ zu gebieten, mit dem der Nationalsozialismus als rechte Ideologie delegitimiert erschien. Die Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft hatten die Ideen und Werte, die dessen Ideologie als Kernelemente behauptet hatte, dauerhaft kompromittiert. Niemand erfasste dies klarer als Hitler selbst, der während seiner letzten Tage im Berliner „Führerbunker“ eingestand, dass die Idee des Nationalsozialismus für immer erledigt sei.

Daher erscheint es bemerkenswert, wie eindeutig die NPD gegenwärtig als stärkste und langlebigste rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik an die Geschichte des Nationalsozialismus, an seine Protagonisten, Deutungsmuster und Ideologeme anknüpft. In ihrer Traditionsorientierung am Vorbild des Nationalsozialismus und der NSDAP sucht die NPD ganz offensichtlich die Grenzen des juristisch, politisch und gesellschaftlich Möglichen permanent auszureizen. In dieser Perspektive geht das Verhältnis zwischen NPD und historischen Nationalsozialismus tendenziell über eine bloße Wesensverwandtschaft hinaus. Fasst man die einschlägigen Äußerungen von Vertretern der NPD zusammen, so hat es vielmehr den Anschein, als ob sich die Partei in ihrem Verständnis der Zeitgeschichte als Nachfolgeorganisation, als eine Art Traditionsverband der NSDAP versteht. Sie seien – so das Selbstbild von JN-Funktionär Sebastian Richter – „politische Soldaten“, eine Formulierung in bewusster Anlehnung an SS-Obergruppenführer Theodor Eicke, seinerzeit Inspekteur der Konzentrationslager (Beleg 1243).

Auffallend ist zugleich, dass Hitler als *die* zentrale Figur des Nationalsozialismus in den vorliegenden Dokumenten selten auftaucht, oder genauer: beim Namen genannt wird.¹² Ereignisse wie „Feiern“ zu seinem Geburtstag (Beleg 906) oder auch eine ganze Reihe anderer, wenn auch vorsichtiger Äußerungen (Belege 949, 958, 960) lassen allerdings erkennen, dass Hitler in der NPD nach wie vor als positive Identifikationsfigur gilt. Er wird gezeichnet als ein deutscher Staatsmann, bei dem die Verdienste seine Grenzen und Fehler überwiegen, dessen Verbrechen ignoriert oder marginalisiert werden.

Deutlich anders ist dies beim formell „zweiten Mann“ in der NS-Hierarchie, bei Rudolf Heß, während der Jahre 1933-1941 „Stellvertreter des Führers“ (Belege 909, 920, 934, 940). Die dezidierte Anknüpfung der NPD an diesen führenden Nationalsozialisten operiert mit mehreren Vorteilen: Die faktisch schwache Stellung des im „Dritten Reich“ vergleichsweise wenig bekannten und persönlich nicht besonders ehrgeizigen Heß; sein überraschender Flug nach Großbritannien am 10. Mai 1941, der von seinen Apologeten zum angeblichen „Friedensflug“ umgedeutet wird; der daraus resultierende Umstand, dass Heß für die Politik des Regimes, die in der Zeit von 1941-1945 die meisten Opfer forderte, nicht mehr

¹² Bezeichnend für die Form der Verschleierungstaktik ist etwa Beleg 1019: „Was der eine in 10 Jahren schaffte, erreichten die anderen nicht in 60 Jahren“ – ein Verweis auf Hitlers Verdienste, ohne diese aber zu nennen.

verantwortlich zu machen ist; seine Verurteilung durch das Internationale Militärtribunal in Nürnberg, die zum Justizirrtum uminterpretiert wird; und schließlich sein Tod, der in der rechtsradikalen Propaganda weit reichende Verschwörungstheorien inspirierte, für das folgende Beispiel charakteristisch ist:

„Obwohl mit aller Härte versucht wird, Gedenkveranstaltungen für Rudolf Hess zu unterbinden, ist es nationalen Aktivisten vielerorts gelungen, an den rätselhaften Tod des stellvertretenden Reichskanzlers und Friedensfliegers zu erinnern. Ich bin überzeugt, daß unsere Proteste einst zur Aufklärung der wahren Umstände des Todes von Rudolf Hess beitragen werden. Dieser Tag wird ein Wendepunkt in der Geschichte sein; denn Wahrheit macht frei.“ (Beleg 920, Müller)

Für das Milieu der extremen Rechten bietet die Stilisierung von Rudolf Heß zum „Lieblings-Nazi“ den Vorteil, ihn als vermeintlichen „Märtyrer“ und Repräsentanten einer kontrafaktischen Alternative zur Geschichte des Nationalsozialismus zu präsentieren. Der historische Heß dagegen zeigte sich nicht nur bedingungslos Hitlertreu, sondern stets auch als ergebenes Mitglied eines Führungszirkels, der die Verfolgung und Entrechtung der Juden ebenso betrieb wie die Ermordung politischer Gegner und Zwangssterilisationen unterstützte. Noch 1946, bei seiner Verurteilung in Nürnberg, äußerte Heß, er empfinde es als Gnade, unter Hitler gedient zu haben, „dem größten Sohne [...], den mein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat“.¹³ Und weiter: „Ich bin glücklich, zu wissen, dass ich meine Pflicht getan habe meinem Volk gegenüber, meine Pflicht als Deutscher, als Nationalsozialist, als treuer Gefolgsmann meines Führers. Ich bereue nichts.“ Dergleichen traditionsstiftende Formulierungen machen deutlich, welche Funktion Heß für das Selbstverständnis der NPD besitzt. Da eine direkte Bezugnahme auf Hitler als „Führer“ nur noch schwer möglich ist, fungiert Heß gewissermaßen als eine Art propagandistischer „Strohmann“, der zum vermeintlichen „Opfer“ der alliierten „Siegerjustiz“ stilisiert wird, um aus seinem Schicksal den Verweis auf andere Personen oder Werte ableiten zu können. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang das folgende Bekenntnis:

„Heß war als Minister und Parteigröße beliebt, weil er bescheiden, um Ausgleich bemüht, immer und für jeden ansprechbar und sportlich schlank – also sichtlich nicht verbontzt – war. Auch im Ausland galt er als ‚gemäßigter‘ Nationalsozialist und als Mann internationaler Verständigung. [...] Der dritte Grund dürfte zweifelsohne das Schicksal des Mannes sein, der sein Leben für einen umfassenden europäischen Frieden einsetzte und dafür 46 Jahre, davon 20 in Einzelhaft, verbringen musste. Selbst viele eingefleischte ‚Demokraten‘ im In- und Ausland erschüttert das Ausmaß dieser alliierten Perfidie und menschlichen Tragödie.“ (Beleg 933, Rose)

¹³ Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. XXII, Nürnberg 1948, S. 420-425: Schlusswort des Angeklagten Rudolf Heß, hier S. 425.

Heß ist jedoch beileibe nicht der einzige Beleg für die bemerkenswerte weltanschauliche Kontinuität von der NSDAP zur NPD. Gerade am Führungspersonal des „Dritten Reichs“ lässt sich relativ schnell erkennen, wie nahtlos die Nationaldemokraten zum nationalsozialistischen Vorbild aufschließen. Ein klares Indiz dafür ist etwa die Verehrung, die Personen wie Albert Schlageter und auch Horst Wessel nach wie vor in der NPD genießen. So heißt es etwa im April 2010 in der „Deutschen Stimme“:

„Es war auch der Märtyrertod von Horst Wessel, der 1930 der NSDAP den großen Auftrieb verschaffte. Der Werdegang von Parteien und Bewegungen ist stets durch die Vielzahl außergewöhnlicher Leistungen einzigartiger Personen geprägt. Horst Wessel war hier, ähnlich wie Albert Leo Schlageter, einer dieser Großen. Dass sein Lied ‚Die Fahne hoch – die Reihen fest geschlossen‘ heute verboten ist, spricht für sich.“ (Beleg 942, Wuttke; ferner 976, 1052)

Albert Schlageter und Horst Wessel sind nicht irgendwelche historische Figuren; sie sind vielmehr die mit Abstand wichtigsten Vertreter der nationalsozialistischen Martyrologie. Obwohl die Mitgliedschaft Schlageters in der NSDAP nicht belegt ist, wurde er bereits in den 1920er Jahren zur zentralen Kultfigur der NS-Propaganda und fungierte nach 1933 als nationaler Märtyrer. In einer noch prononcierteren Form galt dies für Horst Wessel. Nach seinem Tod am 14. Januar 1930 wurde das von ihm gedichtete Lied zur offiziellen Parteihymne der NSDAP und nach 1933 zu einer Art inoffizieller Hymne, die bei Veranstaltungen stets nach dem Deutschlandlied gesungen wurde. Bei Wessel und Schlageter handelt es sich also nicht um Personen aus dem „zweiten oder dritten Glied“, sondern um die **zentralen Kultfiguren des nationalsozialistischen Deutschland**. Insofern sie weiter verehrt und ihre historischen Vorbildfunktionen herausgehoben werden, **verdichtet sich die Wesensverwandtschaft zwischen NSDAP und NPD zur Wesensidentität**.

Doch sind diese beiden nicht die einzigen mehr oder weniger prominenten Nationalsozialisten, die bei den Protagonisten, Propagandisten und Sympathisanten der NPD eine kultische Verehrung genießen, die ziemlich genau der im „Dritten Reich“ entspricht. Der JN-Kalender „Unsere Gemeinschaft 2011“, also ein parteioffizielles Produkt, erinnert beispielsweise neben Rudolf Heß (Beleg 952) an die Geburtstage von Hans Zöberlein (ein gefeierter NS-Schriftsteller und SA-Brigadeführer) und Reichsbauernführer Walther Darré, sowie an die Todestage von SS-Brigadeführer Kurt Meyer und SS-Oberst-Gruppenführer Sepp Dietrich (vgl. auch Beleg 1179). Letztere waren beide Angehörige der Leibstandarte „Adolf Hitler“ und wurden nach 1945 wegen Kriegsverbrechen zu langen Haftstrafen verurteilt. Erinnerungswürdig erscheint den Vertretern der NPD auch Friedrich Hildebrandt, Gauleiter der NSDAP für Mecklenburg und 1948 wegen Kriegsverbrechen hingerichtet (Beleg 963).

Auffallend ist darüber hinaus, welche Personen des „Dritten Reichs“ in der Erinnerungskultur der NPD weitgehend ausgespart bleiben – Namen wie Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich, Wilhelm Frick, Martin Bormann, aber auch Joseph Goebbels. Diese Namen stehen im Verständnis der NPD offenbar für die „dunkle“ Seite des Nationalsozialismus, die nicht als Teil

ihrer Erinnerungskultur präsentiert wird. Sieht man vom Fall Goebbels ab, so orientiert sich das „nationaldemokratische“ Geschichtsverständnis also an ganz ähnlichen Themen und Personen wie einst die NS-Propaganda. In den Vordergrund gerückt wird damit zwangsläufig das, was sich als „schöner Schein des Dritten Reichs“ bezeichnen lässt, während andere Personen und damit auch Aspekte der NS-Zeit völlig ausgeblendet bleiben.

In dieses Bild passt auch, dass sich in den Verlautbarungen der NPD Deutungsmuster der Geschichte der Jahre 1933-1945 finden, mit denen bereits die NS-Propaganda arbeitete. Das betrifft etwa die Darstellung des Beginns des Zweiten Weltkriegs, der in der Sicht der NPD von Polen und den Alliierten initiiert worden sei (vgl. etwa Belege 1130, 1117, 1125, 1133). Konträr zum Forschungswissen der vergangenen sechzig Jahre behauptete die „Deutsche Stimme“ im September 2009, Polen habe am Ende der 30er Jahre *„mit großer Energie“* auf einen Krieg hingearbeitet. *„Die Zurückweisung aller deutschen Verständigungsangebote beweist dies ebenso wie die vertragliche Absicherung, die sich Polen von England und Frankreich geben ließ, auch im Falle eines polnischen Angriffs auf Deutschland, dem polnischen Aggressor beizustehen.“* (Beleg 1121, Radzimanowski) An eine solche Geschichtsklitterung knüpft die Zeitschrift „Der Schlesier“ die Behauptung, Polen sei *„seiner aggressiven Politik bis heute treu geblieben“* (Beleg 1120, Radzimanowski). Es ist ein Kennzeichen von dergleichen Behauptungspolitik, dass sie im Fundus historischer Überlieferung keinen Beleg haben.

Neben Verzerrungen arbeitet die NPD auch mit Auslassungen. Charakteristisch für ihre Form der Geschichtsdeutung ist der permanente Bezug auf alle nur denkbaren Vergehen und Verbrechen der Alliierten. Ausgespart bleiben demgegenüber die quantitativ und qualitativ deutlich gravierenderen Gewaltakte der Achsenmächte, namentlich die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Ereignisse, die in den Schriften und Äußerungen der NPD gerne in den Vordergrund gerückt werden, sind der alliierte Luftkrieg gegen Deutschland und hier besonders die Bombardierung Dresdens (Belege 1112, 1142)¹⁴, die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Ostmitteleuropa (Belege 1113, 1167) oder die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ (Beleg 1192). Zur selektiven Darstellung der Zeitgeschichte gehört die Überzeichnung der deutschen Opferzahlen. So behauptet die JN Lausitz, *„den von Zionismus geführten Alliierten seien im Zweiten Weltkrieg [...] insgesamt 12 Millionen Deutsche“* zum Opfer gefallen (Beleg 1167), während sich Berechnungen und Schätzungen der Forschung auf *maximal 8,5 Millionen* Opfer summieren.

Unverzichtbarer Bestandteil der NPD-Propaganda ist auch die konsequente Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen. Das betrifft an erster Stelle den Holocaust (Belege 1110, 1113, 1127, 1128) – wobei auffällt, dass die NPD sich hier, sehr wahrscheinlich mit Blick auf juristische Sanktionen gegenüber der These von der „Auschwitz-Lüge“, eher zurückhält. Zu

¹⁴ In diesem Fall wird die Zahl der deutschen Opfer nach wie vor zehnmals so hoch veranschlagt, obwohl die Forschung mittlerweile ganz andere Zahlen vorgelegt hat: Rolf-Dieter Müller/Nicole Schönherr/Thomas Widera (Hrsg.), Die Zerstörung Dresdens 13. bis 15. Februar 1945. Gutachten und Ergebnisse der Dresdner Historikerkommission zur Ermittlung der Opferzahlen, Göttingen 2010.

den Taten des NS-Regimes, den die Propagandisten der NPD zu rechtfertigen suchen, zählt die Verfolgung und Vernichtung des deutschen Widerstands (Beleg 734), die Rechtfertigung, ja Verklärung eines Massenmörders wie Oskar Dirlewanger (Beleg 1178), die Leugnung der Vernichtung von Oradour-sur-Glane durch die Waffen-SS (Beleg 1177) oder die Behauptung, deutsche Kriegsverbrechen habe es im Zweiten Weltkrieg eigentlich nicht gegeben (Beleg 1058). Man könnte diese Aufzählung noch leicht fortsetzen – die Belege sind erdrückend (siehe auch unten Kap. VI).

Dabei lässt sich sogar vereinzelt beobachten, dass sich Vertreter der NPD offen zu den Verbrechen des Nationalsozialismus bekennen – etwa wenn ein NPD-Kreistagsmitglied die Worte *„Support your local Einsatzkommando“* auf seinem T-Shirt spazieren trägt (Beleg 996, Münchow) oder der Vorsitzende der NPD Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster, seinen Grill mit der Aufschrift *„Happy Holocaust“* verziert (Beleg 1103).

Ihre letzte Steigerung erreicht diese Form der Geschichtsdeutung, wenn sie eindeutig besetzte Begriffe wie „Holocaust“, „Konzentrationslager“ oder „Völkermord“ gewissermaßen umzukehren und zum angeblichen Ziel der alliierten Politik umzudeuten versucht, um die eigene Partei bzw. die „anständigen Deutschen“ zu Opfern zu stilisieren. So behauptet etwa der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Arne Schimmer *„von den Alliierten [sei] ein erbarmungsloser Vernichtungskrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung geführt“* worden (Beleg 1136). Vom *„Bombenholocaust“* ist die Rede (Beleg 1098, Hähnel) oder davon – so Pierre Dornbrach in einem Internetbeitrag –, dass

„in der sogenannten ‚fortschrittlichen Gesellschaft‘, von der die Demokraten stetig sprechen, [...] längst kein Platz mehr [sei] für Kinder und aufrechtgehende junge Deutsche. Hier sind nur noch Homo-Ehen, Transvestiten, Kinderschänder und andere triebgesteuerte Kreaturen erwünscht. Hier wird der Untergang eines der schaffensreichsten Völker dieser Welt auch noch gefeiert. [...] Das Ganze ähnelt einem geistigen Holocaust, der dabei ist, unser Volk in den schleichenden, aber sicheren Tod zu lenken. [...] Es gilt jetzt, den Kampf gegen die ‚Volkstodrepublik Deutschland‘ zu führen und sich aus diesem Konzentrationslager endlich zu befreien.“ (Beleg 1093, Dornbrach)

In der Zusammenschau wird deutlich, wie die NPD versucht, Zeitgeschichte beständig gegen die gesicherte Überlieferung „neu“ zu erzählen, sie umzuformen, indem sie einzelne Aspekte leugnet oder stillschweigend ausklammert, hervorhebt oder uminterpretiert. Dabei dienen ihr Ideologie und Geschichte des Nationalsozialismus als klarer positiver Orientierungspunkt. Das vorliegende Material vermittelt den Eindruck, dass nicht nur jede kritische Distanzierung zum historischen Nationalsozialismus fehlt – *„die Zeit des Nationalsozialismus und seine Personen“* werden mitunter sogar explizit als *„Vorbild“* für die eigene Partei gepriesen (Beleg 994, Knebel). Einschränkungen und Abschwächungen scheinen den aktuellen juristischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen geschuldet, keineswegs einer Anerkennung des genuin verbrecherischen Charakters der NS-Ideologie. Der völlig unkritische Bezug und die

wiederholt formulierte Anschlussfähigkeit an die NS-Weltanschauung leitet regelmäßig das historische Selbstverständnis der NPD in ihrer Legitimierung aktueller politischer Forderungen und Zukunftsentwürfe.

VI. Geschichtsfälschende Leugnung von NS-Verbrechen und Schuldumkehr

Die Kehrseite der positiven Bezüge zum historischen Nationalsozialismus bilden die intensiven Versuche, dessen Verbrechen zu leugnen, zu relativieren oder durch Umdeutung zu rechtfertigen. Dazu im Folgenden einige weitere Überlegungen und Befunde, welche die Feststellungen des vorigen Kapitels ergänzen und vertiefen.

Im Parteiprogramm der NPD trägt Abschnitt 13 die Überschrift „Schuld kult beenden“. Hier wird wissenschafts- und pluralismusfeindlich die Verordnung eines „nationalen Geschichtsbildes“ proklamiert. Die im selben Abschnitt geforderte Redefreiheit ist keineswegs ein Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit, sondern zielt auf die ungehinderte Verbreitung von Holocaustleugnung und ähnlicher volksverhetzender Propagandabehauptungen. Die Formel von einer vorgeblichen „Aufwertung des Landesverrats“ richtet sich eindeutig gegen den deutschen Widerstand und steht in direkter Tradition zu den Unrechtsurteilen des Volksgerichtshofs sowie den Taten und der Propaganda eines Otto Ernst Remer, der eine wichtige Rolle bei der Niederschlagung des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 spielte und nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes als Aktivist der 1952 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Sozialistischen Reichspartei die Widerständler als Landesverräter denunzierte. Remer wurde deshalb 1951 wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu drei Monaten Haft verurteilt. Bis zu seinem Tod 1997 blieb er ein rechtsextremer Aktivist und eine wichtige Bezugsfigur dieser Szene. Auf der von dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD Mecklenburg-Vorpommern, David Petereit, verantworteten Webplattform „MUP-Info“ wurde Remer im August 2012 anlässlich seines 100. Geburtstages als einer jener „standhaften Menschen, die ihr Fähnlein nicht beliebig in den Wind hängten, sondern ihrer Weltanschauung ein Leben lang treu blieben“ gewürdigt.¹⁵

Das NPD-Programm diffamiert die kritische Aufarbeitung der NS-Geschichte als „moralische Selbstvernichtung unserer Nation“ und nivelliert die Unterschiede der Kriegführung von NS-Deutschland und seinen alliierten Gegnern. NS-Verbrechen bleiben völlig unerwähnt, dagegen werden die Siegermächte pauschal massiver Kriegsverbrechen bezichtigt, die zu ahnden seien.

Die Propagandisten rechtsextremer Geschichtsfälschungen bezeichnen sich selbst als „Revisionisten“, um sich den Anstrich einer seriösen historischen Schule zu geben. Tatsächlich dienen ihre historischen Darstellungen nicht der wissenschaftsüblichen Revision, sondern propagandistischen Zwecken und halten wissenschaftlichen Maßstäben nicht stand. Um die Studien seriöser Historiker zu delegitimieren und die wissenschaftliche Kritik an ihren pseudohistorischen Konstruktionen abzuwehren, sprechen Rechtsextremisten im allgemeinen und Vertreter der NPD im besonderen ständig von einer „*verlogenen Geschichtsschreibung*“ (Beleg 872, NPD Mecklenburg-Vorpommern), von „*antideutschen Geschichtsfälschungen*“ (Beleg 761, Richter), von einer „*verdrehten und an den Interessen der Alliierten orientierten Geschichtsschreibung*“ (Beleg 766, NPD Sachsen), von „*Heerscharen von*

¹⁵ <http://www.mupinfo.de/?p=21178>.

Gefälligkeitshistorikern“ (Beleg 767, Gansel) und von *„Geschichtsfälschung, wie sie von staatlicher Seite betrieben wird“* (Beleg 778, Faust¹⁶, ähnlich Beleg 827, Rose¹⁷). Immer wieder ist von angeblichen Verboten die Rede, die angeblich *„eine unabhängige Geschichtsforschung behindern“* (Beleg 790, Initiative gegen das Vergessen). Diesem Pathos vermeintlicher Wahrheitssuche stehen keinerlei ernsthafte Auseinandersetzungen mit Forschung und Quellen gegenüber. Es geht der NPD vielmehr um die Diffamierung der wissenschaftlichen NS-Forschung. Deren Ergebnisse stehen jeder Verharmlosung und Verherrlichung der NS-Diktatur entgegen, damit auch jenen politischen Kräften, die sich in deren Tradition sehen (in bezeichnender Umkehrung der Tatsachen z.B. Beleg 816, Radzimanowksi).

Im Folgenden werden die zentralen Themen der Geschichtspropaganda der NPD aufgeführt.

Leugnung bzw. Relativierung des Holocaust:

Es scheint, dass dieses einstige Zentralthema der NPD – der Vorvorgänger des jetzigen NPD-Vorsitzenden Apfel, Günter Deckert, wurde deswegen wiederholt strafrechtlich verfolgt – etwas in den Hintergrund gerückt ist. Gleichwohl finden sich im vorliegenden Material eindeutige Hinweise. So behauptete das 2009 verstorbene NPD-Vorstandsmitglied Jürgen Rieger im Jahr 2008, im Zweiten Weltkrieg seien nur 300.000 Juden ums Leben gekommen (Beleg 822, Rieger). Der NPD-Funktionär Janus Nowak bezeichnet jüdische KZ-Häftlinge als *„Kriegsgefangene“* – womit deren Gefangenschaft eine völkerrechtliche Legitimität zugesprochen wird – und behauptet, anders als die Juden seien Millionen deutsche Soldaten und Zivilisten auf Todesmärsche geschickt worden und hätten sich in Konzentrationslagern zu Tode arbeiten müssen. Die Verhältnisse in NS-Konzentrationslagern werden auf *„bombardierungs-bedingte Mangelernährung“* zurückgeführt (Beleg 804, Nowak). Auf mehr oder weniger subtile Weise wird die Tatsache der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gegen die Juden im deutschen Machtbereich in Frage gestellt. Der Begriff *„Holocaustreligion“* etwa (z.B. Beleg 838, Stawitz) soll die Shoah von einer historischen Tatsache zu einer nur für Gläubige relevanten Formel umdeuten, womit zugleich die historische Realität in Frage gestellt wird. Im NPD-Wahlprogramm für die Berliner Abgeordnetenhauswahlen 2011 wird die *„Verweigerung von Baugenehmigungen für Bauten für ‚Holocaust‘-Gedenken“* versprochen (Beleg 860, NPD Berlin). Auch hier sollen die Anführungszeichen die Tatsächlichkeit des Holocaust in Frage stellen. Dagegen verwenden Formulierungen wie *„Bombenholocaust“* oder der Vorwurf eines *„israelischen Holocaust im Gaza-Streifen“* (Beleg 863, VG Berlin) den Begriff vermeintlich im Wortsinne, allerdings in einer zur

¹⁶ Faust wird hier zur Position der DVU befragt, die 2011 mit der NPD fusionierte. Faust gehörte schon zuvor dem NPD-Bundesvorstand an, in den er auch 2011 als Beisitzer gewählt wurde. Er hat als Nachfolger des langjährigen DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey ab Anfang 2009 die Fusion mit der NPD maßgeblich betrieben.

¹⁷ Von Olaf Rose, promovierter Historiker, 2012 NPD-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, war 2003 bekannt geworden, dass er als Stadtarchivar für die Kommunen Herdecke und Herne in einer Studie über Zwangsarbeiter in der Region, deren Zahl von 30.000 auf 9.000 „heruntergerechnet“ hatte. Sein Vertrag wurde nicht verlängert. Vgl. *„NPD-Mann für Bundespräsidentenwahl. Der braune Kandidat“*, taz vom 07.03.2012, <http://www.taz.de/!89130/>.

Schuldumdeutung propagierten und durch inflationäre Verwendung seines historischen Kerns entkleideten Version. Die im Wahlprogramm offen proklamierte Unterdrückung des Gedenkens an Opfer nationalsozialistischer Verbrechen steht in unmittelbarer Kontinuität der Tarnungsbemühungen, die den Holocaust zeitgenössisch charakterisierten. Diese reichten beispielsweise bis zur Exhumierung und Verbrennung hunderttausender Leichen Erschossener in der sogenannten „Enterdungsaktion“ unter der Leitung von Paul Blobel. Die Nationalsozialisten wollten nicht nur das Leben ihrer jüdischen Opfer auslöschen, sondern auch jede Erinnerung an sie. Indem sie die Gedenkwürdigkeit negiert, stellt [...] sich die NPD in diese historische Linie.

Leugnung der Kriegsschuld des nationalsozialistischen Deutschland und Schuldumkehr:

Diese Form rechtsextremer Geschichtsfälschung scheint in jüngster Zeit von der NPD in intensiverer Form betrieben worden zu sein, vermutlich weil ihr Formen des „Opfergedenkens“, bspw. in Dresden, erhebliche Mobilisierungserfolge eingetragen haben. Die NPD ist, wie die vorgelegten Materialien zeigen, bestrebt, die in der historischen Forschung unstrittige Kriegspolitik des NS-Regimes zu bestreiten und die Verantwortung dafür den Kriegsgegnern, vor allem Polen und den Westmächten, zuzuschieben (Belege 748, Vergeiner alias Richter, 758, Richter, 762, Gansel, 770, Aae, 799, Müller, 808 und 814, Radzimanowski). Außerdem wird die alliierte Kriegführung als „erbarmungsloser Vernichtungskrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung“ (Beleg 831, Schimmer) dargestellt. Als Belege dafür dienen insbesondere die massenhaften Vergewaltigungen beim Einmarsch der Roten Armee und die Bombardierung Dresdens im Februar 1945. Um den erwünschten Effekt zu erzielen, werden dabei durchweg historische Tatsachen verfälscht. So heißt es in einem NPD-Flugblatt, die Alliierten seien nicht als Befreier gekommen, sondern als Besatzer, die plündernd, brandschatzend und vergewaltigend durch die „befreiten“ Städte und Dörfer gezogen seien (Beleg 846). Weiter heißt es: *„Aufgehetzt von ihren Propagandisten, wie dem Juden Ilja Ehrenburg, der in seinem Aufruf forderte: ‚Soldaten der Roten Armee – nehmt Euch die deutsche Frau als eure rechtmäßige Beute!‘“* Der Beweis für die Existenz dieses Aufrufs ist nie gefunden worden. Ehrenburg selbst hat diesen, nicht aber seine anderen Kriegsaufrufe, dementiert und als Propagandatrick deutscher Stellen bezeichnet, wofür vieles spricht.¹⁸ Für Dresden verbreitet die NPD die ebenfalls von der NS-Propaganda in die Welt gesetzte und auf das Zehnfache überhöhte Opferzahl von 250.000; die Ergebnisse einer Historikerkommission, die die tatsächliche Zahl der Opfer des Bombardements auf maximal 25.000 beziffert¹⁹, werden ohne jegliche Begründung als *„verlogen und verhöhnend“* und als *„verordnete Zahlen“* diffamiert (Beleg 835). Die willkürliche Verwerfung wissenschaftlicher Erkenntnisse, die der eigenen Ideologie widersprechen, ist ein typisches Merkmal totalitärer Organisationen. Dazu gehört auch die Behauptung, die deutsche Armee habe *„einen vergleichbaren Kriegsschlag“* wie den Bombenkrieg der Westalliierten *„nie geführt“* (Beleg 841, Storr). Das Schicksal von

¹⁸ Vgl. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte vom 15. Mai 1996 (Ha/Be.)

¹⁹ Vgl. Anmerkung 14.

Städten wie Guernica, Coventry, Rotterdam, Wieluń oder Stalingrad illustriert die bewusst einseitige Konstruktion solcher Argumente.

Leugnung, Relativierung oder Rechtfertigung weiterer NS-Verbrechen:

Das Material enthält hierfür eine ganze Reihe von Belegen, so wenn etwa Heydrichs Terror-Regime im besetzten Böhmen und Mähren als „*Befriedung*“ bezeichnet und dieser Hauptverantwortliche für den Holocaust nach Hitler und Himmler als Märtyrer für „*seine Ideale und seine Idee einer besseren Welt*“ verherrlicht wird (Beleg 773, Bady). Öfter als solch offene Rechtfertigung von NS-Verbreche(r)n finden sich Relativierungen, etwa wenn NS-Verbrechen mit angeblichen oder tatsächlichen Verbrechen anderer Staaten gleichgesetzt werden. So bezeichnete der sächsische Landtagskandidat Püschel Konzentrationslager als „britische Erfindung“, weil im 19. Jahrhundert zehntausende Buren in Südafrika „krepirt“ seien (Beleg 1116, Püschel). Auch hier wird nicht selten eine Strategie der Selbstviktimsierung verfolgt. So verbreitet der NPD-Funktionär Roland Wuttke in einem Artikel aus dem Jahr 2010 die längst widerlegte Legende, bei der Befreiung des KZ Dachau hätten die amerikanischen Einheiten 520 Mann des SS-Bewachungspersonals ermordet (Beleg 847, Wuttke). Tatsächlich war es bei der Befreiung unter dem schockierenden Eindruck des KZ zu einigen Exzesstaten von GIs gekommen, deren Opferzahl maximal 50 (bei nachgewiesenen 39 Fällen) betrug.²⁰

Diffamierung des Widerstands gegen die NS-Diktatur:

Auch mit ihrer Diffamierung des Widerstandes gegen die NS-Diktatur, insbesondere des 20. Juli, zeigt die NPD, dass sie Hitlers Herrschaft als legitim ansieht. Als „*hinterhältige[s] Attentat des 20. Juli*“, „*Mordversuch auf den Reichkanzler und Oberbefehlshaber*“, der mit der Ermordung von Unschuldigen einhergegangen sei, stuft der ehemalige Vorsitzende Voigt den 20. Juli ein. Die Verschwörer sind für ihn Verräter und Mörder (Beleg 734, Voigt). Karl Richter spricht von einer „*Tradition von Widerstand und Verrat*“ (Beleg 752, Richter) und erhebt die Forderung: „*Und die unsägliche Stauffenberg-Romantik kann dann auch gleich auf den Müll der Geschichte*“. (Beleg 1071, Richter)

Diese Diffamierung des 20. Juli steht in einer unmittelbaren Tradition des historischen Nationalsozialismus. Sie erinnert an die Hasstiraden Roland Freislers, des Präsidenten des Volksgerichtshofs, und an die Aktivitäten von Otto Ernst Remer. Als Kommandeur des Wachbataillons „Großdeutschland“ in Berlin kam ihm eine aktive Rolle bei der Niederschlagung des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 zu. Nach dem Krieg spielte er eine führende Rolle in der 1952 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei. Wegen diffamierender Äußerungen über den 20. Juli, die er als Landesverräter beschimpft hatte, wurde er von überlebenden Angehörigen der Widerstandsbewegung angezeigt und 1952 im Braunschweiger Remer-Prozess zu einer

²⁰ Jürgen Zarusky: Die Erschießungen gefangener SS-Leute bei der Befreiung des KZ Dachau, in: Wolfgang Benz/Angelika Königseder (Hrsg.), Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression. Berlin 2008, S. 103-124.

dreimonatigen Haftstrafe verurteilt. Er flüchtete ins Ausland und blieb bis zu seinem Tod ein Aktivist des deutschen Rechtsextremismus. Die Kontinuität zwischen NSDAP und NPD in der Diffamierung des Widerstands ist besonders offenkundig.

VII. Übernahme nationalsozialistischer Repräsentationsformen

Die ideologische Verabsolutierung des Freund-Feind-Schemas fand in den Aktions- und Repräsentationsformen der NSDAP deutlichen Niederschlag. In dem Maße, in dem das Regime alle als „Gegner“ und „Schädlinge“ identifizierten mit brutaler Gewalt verfolgte, trachtete es nach einer Homogenisierung der als „wertvoll“ eingestuftes Gemeinschaftsmitglieder. Zu den Kernelementen dieser Homogenisierungsbestrebungen gehörte die Massensuggestion. Bildgewaltige politische Inszenierungen, Aufmärsche oder Monumentalarchitektur waren Bestandteile einer NS-spezifischen Ästhetik, die auf emotionale Bindekräfte zielte und Bilder und Assoziationen von Größe- und Ewigkeitsphantasmen evozieren sollte.

Die verschiedenen Formen öffentlicher Präsentation, die das Erscheinungsbild der NSDAP prägten, waren dabei von einer eigentümlichen Verbindung von Kitsch und Tod, von Faszination und Gewalt geprägt. Fackelmärsche, Fahnenmeere, einprägsame Symbolik und Farbgebung, dazu ein NS-Devotionalienhandel mit einer nach Millionen zählenden Verbreitung, zogen Teilnehmer und Betrachter in ihren Bann und stärkten den Glauben an die Verheißungen des „tausendjährigen Reiches“. Militärisches Pathos, Helden- und Opfergedenken sowie die ständige Beschwörung apokalyptischer Schreckensszenarien stellten dem „Guten und Schönen“ den Pathos von Tod und Vernichtung an die Seite.

In den zahlreichen Ritualen und Kulturen spielte das nationalsozialistische Liedgut als musikalisches Mittel der Massenmobilisierung eine herausragende Rolle. Es sollte die emotionalen Bindekräfte an das Regime stärken, ideologisch indoktrinieren und durch die rhythmische und melodische Anlehnung an Marschlieder zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft beitragen. In der NSDAP und ihren Gliederungen, vor allem aber in den Jugendorganisationen der Partei, gehörte das Singen „völkischen“ Liedguts daher zum festen Bestandteil nahezu jedes Veranstaltungsprogramms. Eine exponierte Stellung hatten dabei die als besonders wertvoll gekennzeichneten „Kernlieder“ inne, die insbesondere an Schulen eingeübt wurden und als „politisches Führungsmittel“ dienten, um die „Gemeinschaftspflege“ innerhalb der „Volksgemeinschaft“ und die „Kampfkraft der politischen Gemeinschaft“ zu fördern und zu stärken.²¹

Zu den wichtigsten „Kernliedern“ gehörte „Ein junges Volk steht auf“, das 1935 von dem hochrangigen HJ-Funktionär Werner Altendorf verfasst worden war. In melodischer und rhythmischer Ausgestaltung einem Marschlied nachempfunden, zielten Melodie und Text in paradigmatischer Weise auf die Militarisierung der Jugend, die im Kollektiv der auf

²¹ Wolfgang Stumme (Hrsg.), Musik im Volk. Gegenwartsfragen der deutschen Musik, Berlin 1944, S. 163-165.

„rassischen“ Prinzipien sowie auf Unterdrückung und Terror basierenden „Volksgemeinschaft“ aufgehen sollte.²² Das Lied fand nicht nur Eingang in zahlreiche Gesangbücher der NSDAP und ihrer Gliederungen, sondern diente zudem häufig der propagandistischen Untermalung offizieller NS-Veranstaltungen, unter anderem der jährlich stattfindenden „Reichsparteitage“ in Nürnberg.

Ohne jeden Zweifel **besitzen zahlreiche Aspekte dieser NS-typischen Repräsentationsformen Vorbildcharakter für die NPD.** Der NPD-Funktionär Karl Richter macht aus dieser Vorbildfunktion der NSDAP mit der ihr eigenen Symbolik, die im Stil einer „*ultramodernen Massenpartei*“ mit entsprechender Massenwirkung entsprochen habe, keinen Hehl (Beleg 1003, Richter). Besonders deutlich zeigt sich die enge Anlehnung bei der Verwendung des Liedguts insbesondere durch die Jugendorganisation der NPD, den „Jungen Nationaldemokraten“. In zahlreichen Parteiveranstaltungen gehört das gemeinsame Singen oder Rezitieren von Liedern mit NS-verherrlichenden Musikinhalten (Beleg 906) oder von nationalsozialistischem Liedgut zum festen Bestandteil des Programmablaufs. Das gilt in erster Linie für Altendorfs „Ein junges Volk steht auf“, dessen Verwendung als verfassungsfeindliches Symbol bereits Gegenstand mehrerer strafrechtlicher Verfahren war.²³ Die JN Braunschweig nutzten beispielsweise den Liedtitel als Veranstaltungsmotto; das Lied sollte zudem besprochen und gemeinsam gesungen werden – ein Vorhaben, das das Obergericht Lüneburg verhinderte (Beleg 1016). Auch eine JN-„Mahnwache“ in Delmenhorst sang das Lied „gemeinschaftlich“ und geriet dadurch in das Visier der Staatsanwaltschaft (Beleg 1024). Strophen des Propagandalieds fanden als Zitat Eingang in öffentliche Reden bei JN-Kundgebungen: „*Wir sind nicht Bürger, Bauer, Arbeitsmann haut die Schranken doch zusammen Kameraden. Uns weht nur eine Fahne voran*“ proklamierte ein Leipziger JN-Mitglied aus dem „Kernlied“ der HJ (Beleg 705).

Nahezu identische Anlehnungen finden sich in Bezug auf weitere offizielle Lieder des NS-Staats: Die Mitglieder mehrerer NPD-Kreisverbände sangen während einer „*Heldengedenkveranstaltung*“ gemeinsam das SS-Lied der „Wenn alle untreu werden“ sowie „Ich hatte einen Kameraden“, das ebenfalls zum Liederkanon der SS gehörte (Beleg 1264).²⁴ Deutliche Bezugspunkte lassen sich auch zum Lied der Deutschen Arbeitsfront „Es zittern die morschen Knochen“ erkennen, etwa, wenn der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende in Hamburg, Thomas Wulff alias „Steiner“, auf einer rechtsextremen Gedenkveranstaltung öffentlich erklärte, „*ein krankes System zittert in seinen morschen Knochen*“ (Beleg 845, Wulff), oder an das „Horst Wessel Lied“, die eigentliche Parteihymne der NSDAP, die im „Dritten Reich“ in der Regel direkt im Anschluss an die erste Strophe des Deutschlandlieds als quasi-offizielle Nationalhymne gesungen wurde (Beleg 1052). Die Orientierung an den musikalischen Leitbildern der NSDAP zeigt sich schließlich auch bei NPD-produzierten

²² Veröffentlicht in dem gleichnamigen NS-Liederbuch: Ein junges Volk steht auf. Kampflieder, Potsdam 1935.

²³ Ermittlungsverfahren Amtsgericht Witten, Februar 2012, Az. 9 Ds 202/11; Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bückeburg, Juli 2010, Az. NZS 407 Js 321/10; Beleg 1024.

²⁴ Vgl. „Rasse- und Siedlungshauptamt der SS“ (Hrsg.): „SS-Liederbuch“, München o.J.

Tonträgern, beispielsweise auf einer sogenannten „Schulhof-CD“ aus Mecklenburg-Vorpommern, auf der Bands wie die „Arische Jugend“ ihre nationalistische Vorstellungswelt präsentieren (Beleg 904).

[...]

Deutliche Ähnlichkeiten bei der politischen Aktion und Präsentation finden sich darüber hinaus bei den Bedeutungsinhalten und dem Verwendungszusammenhang politischer Parolen. Offensichtlich zielen die Aktivitäten der JN auf eine Militarisierung, Nationalisierung und Radikalisierung der Jugend. Die „Jungen Nationaldemokraten“ werden als „*Kampfgemeinschaft im vorpolitischen Raum*“, als „*politische Soldaten*“ charakterisiert, die sich dem Motto „*Heil Deutschland*“ zu verpflichten haben (Beleg 1028, Schäfer/Gärtner). Die Verwendung des „Hitlergrußes“ durch NPD-Funktionäre (Belege 1213, 1249, 1250), das Skandieren der „*Sieg Heil*“-Parole (Beleg 1249, Wernig) oder die Verwendung des Wahlspruchs der SS „*Meine Ehre heißt Treue*“ als Leitspruch für den Nachruf verstorbener NPD-Mitglieder verweisen ebenfalls auf signifikante Schnittmengen der politischen Agitation (Beleg 1220, Hermann).

Die Devotionalienproduktion im Umfeld der NPD zielt in dieselbe Richtung. Eine breite Produktpalette bringt mittels politischer Kampfparolen eindeutig die Nähe zum nationalsozialistischen Regime zum Ausdruck. Dazu gehören durch NPD-Funktionäre produzierte und vertriebene Buttons mit der Aufschrift „*Arbeit macht frei*“ und „*Deutsche wehrt Euch, kauft nichts vom Weltfeind*“ in Anlehnung an die NS-Boykottparole „*Deutsche wehrt Euch, kauft nicht bei Juden*“ (Beleg 1214, Großmann). Dazu gehören auch Blechschilder mit dem Aufdruck „*Wolfsschanze*“, einem „Führerhauptquartier“ Adolf Hitlers (Beleg 1034), von Landtagskandidaten der NPD getragene T-Shirts mit der Signatur Hitlers (Beleg 916, Jandzinsky), Weine, die in Anspielung auf den SS-Eliteverband „*Leibstandarte Adolf Hitler*“ durch ein Bundesvorstandsmitglied der NPD als „*der Leibstandarte edelster Tropfen – Treue um Treue*“ bezeichnet wurden (Beleg 990, Heise), ferner das Zurschaustellen von Hakenkreuzen auf Kleidungsstücken (Beleg 301, Bahlmann) oder mit Wahlplakaten der NSDAP bedruckte Textilien (Beleg 1043, Hamisch/Wendt).

Hinweise auf eine Wesensverwandtschaft beider Parteien bei der Repräsentation der politischen Inhalte geben schließlich die Rituale bei politischen Versammlungen. Wie bei der NSDAP spielt das Helden- und Totengedenken bei der NPD offensichtlich eine herausragende Rolle. Dabei wird nicht nur der Soldaten der Wehrmacht, sondern auch der toten Anhänger Hitlers gedacht, die am 9. November 1923 bei dem gescheiterten Putschversuch der NSDAP ums Leben kamen – ein Datum, das zu einem der wichtigsten Bestandteile des „NS-Feierkalenders“ gehörte (Belege 1047, 1048). Andere „*Jahresfeiern*“ der NPD werden ganz bewusst auf den Todestag Hitlers, den 20. April, gelegt. So feierte die JN Leipzig am 20. April ihr Gründungsjubiläum. Sie erinnerte an „*jene leuchtenden Vorbilder, die unter Aufopferung ihres Lebens, stets in der vollen Verantwortung stehend, die Last von schweren Entscheidungen auf ihren Schultern trugen*“, berief sich auf die „*geehrte Persönlichkeit*“ Hitler

und bedauerte, dass man den „Aufstieg eines neuen unübertroffenen Genies“ nicht erwarten dürfe (Beleg 971). Neben der bereits erwähnten Vertonung von NS-Liedgut und dem Skandieren nationalsozialistischer Parolen spielen Fackelumzüge, paramilitärische Übungen und die Zurschaustellung von NS-Symbolen eine wichtige Rolle. In Thüringen fand im Februar 2009 beispielsweise ein „*militärisches Winterlager mit politischen Inhalten*“ der JN statt. Dort wurde auch über die Bedeutung des Vermächnisses des „*weltanschaulichen Soldaten*“ Horst Wessel gesprochen, einem der wichtigsten Märtyrer der „NS-Bewegung“, sowie Lieder der „*deutschen Jugendbewegung*“ gesungen. Die entsprechende Internetmeldung endet mit „*JN voran, Heil Deutschland*“ (Beleg 976).

Die Repräsentationsformen des historischen Nationalsozialismus dienen in einem Maße als Fundus und Vorbildcharakter für die NPD, aus dem sich eindeutig Elemente der Wesensverwandtschaft erkennen lassen.

VIII. Überwindung der gegenwärtigen Demokratie und Legalitätstaktik

Hitler und die NSDAP haben niemals einen Zweifel daran gelassen, dass sie die Weimarer Demokratie bekämpften und auf ihren Sturz hinarbeiteten. Seit der Wiederbegründung der Partei im Jahre 1925 taten sie dies allerdings nicht mehr im Sinne des direkten Putschismus, sondern in Form einer Legalitätstaktik, die die politischen Bewegungsmöglichkeiten der parlamentarischen Demokratie ausnutzte, um sie um so effektiver zu bekämpfen. „Klassisch“ in dieser Hinsicht ist Hitlers Aussage vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25. September 1930 im Rahmen des Prozesses gegen die Reichswehroffiziere Scheringer, Ludin und Wendt vom 5. Ulmer Artillerieregiment. Hier sagte Hitler unter anderem:

„Wenn unsere Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, und der November von 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen [...]. Die nationalsozialistische Bewegung wird in diesem Staate mit den verfassungsmäßigen Mitteln das Ziel zu erreichen suchen. Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel. Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Wege die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen versuchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unseren Ideen entspricht.“²⁵

Auch die NPD lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie „*die Systemfrage*“ stellt: „*Sie will den sozialen, demokratischen und nationalen Volksstaat schaffen und stellt dieses Ideal der etablierten ‚Demokratie-Karikatur‘ namens BRD entgegen*“ (Beleg 645, NPD-Landesverband Sachsen). Die „Systemfrage“ ergibt sich dabei folgerichtig aus der mit einer freiheitlichen Verfassung unvereinbaren völkischen Ideologie der NPD. Diffamierungen der

²⁵ Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III/3: Januar 1930-September 1930, hrsg. v. Christian Hartmann, München 1995, Dok. Nr. 123, S. 441 u. 445.

Bundesrepublik als „Judenrepublik“ oder „Multi-Kulti-Staat“, mit dem man „keine Kompromisse mehr schließen“ wolle (Belege 269, 270, 676) knüpfen nicht nur terminologisch an die republikfeindliche Agitation der NSDAP in der Weimarer Republik an, sondern entsprechen auch deren völkisch-rassistischer Ideologie. Denn im Verständnis der NPD bildet die Grundlage staatlicher Legitimität nicht die Verpflichtung auf die Menschenwürde jedes einzelnen, sondern, wie oben bereits in anderem Kontext beschrieben, die biologistisch verstandene Volksgemeinschaft. So heißt es im Parteiprogramm der NPD von 2010: *„Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft. Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit; diese endet dort, wo die Gemeinschaft Schaden nimmt.“* (Beleg 695) In der nationalsozialistischen Propaganda wurde dieser Gedanke auf die Formel „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“ verkürzt, die im Schriftgut der NPD wenig verändert als *„Allein gestellt sind wir nichts, – in der Gemeinschaft ist jeder alles“* wiederkehrt (Beleg 711, anonymen Artikel „Gewissen und Gemeinschaft“). In der Formulierung *„Freiheit ist Gebundenheit, und Gebundenheit ist Freiheit“* kommt der totalitäre Gehalt dieser Idee in nahezu Orwellscher Vollendung zum Ausdruck. (Beleg 712, Artikel „Freiheit und Gebundenheit“).²⁶

Das gesamte NPD-Programm ist, wie eine genaue Lektüre zeigt und oben bereits für verschiedene politische Felder ausgeführt wurde, gekennzeichnet durch die sorgfältige Vermeidung der Verletzungen von Gesetzen und gesellschaftlichen Tabus wie insbesondere die offene Artikulation antisemitischer Propaganda. Diese Legalitätstaktik dient der Vermeidung strafrechtlicher Sanktionen und gesellschaftlicher Ächtung. Zahlreiche Programmsätze haben den Charakter chiffrierter Aussagen, die den demokratie-, menschenrechts- und friedensfeindlichen Charakter der engstens an den Nationalsozialismus angelehnten NPD-Ideologie kaschieren sollen.

Die NPD bestreitet die Legitimität der Bundesrepublik mit dem Hinweis darauf, das Grundgesetz sei nicht durch eine Volksabstimmung gestützt. Sie unterschlägt, dass der Parlamentarische Rat aus gewählten Vertretern bestand und dass auch die deutsche Vereinigung durch Regierungen vollzogen wurde, die aus frei gewählten Parlamenten hervorgegangen sind.

Die NPD lehnt die bestehende parlamentarische Demokratie und das ihr zugrundeliegende pluralistische Gesellschaftsverständnis ab. „Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus“, heißt es im Parteiprogramm, und weiter: „Der Staat nimmt die Gesamtverantwortung für das Volksganze wahr und steht daher über Gruppeninteressen.“ (S. 7) Die Etablierung der Volksherrschaft à la NPD setzt zunächst eine ethnische Säuberung der Bevölkerung der Bundesrepublik voraus, die auf der Grundlage von Rechtsstaat und Demokratie unmöglich ist. Das programmatische Konzept der NPD knüpft hier unverkennbar an den Volksgemeinschaftsgedanken Hitlers und der Nationalsozialisten an, der einen

²⁶ In George Orwells Roman „1984“, der vielleicht berühmtesten literarischen Totalitarismusanalyse lauten die drei Parolen der allmächtigen Partei: „War is Peace, Freedom is Slavery, Ignorance is Strength“.

diktatorischen Rassestaat als Voraussetzung hatte. Die NPD fordert die Ersetzung der parlamentarischen Demokratie durch ein plebiszitär gestütztes Präsidialregime, durch das die angebliche „gemeinwohlschädigende Dominanz der Parteien zurückgedrängt“ werde. Auch in der nationalsozialistischen Propaganda findet sich diese antiparlamentarische und parteienfeindliche Umdeutung des Konzepts der Volksherrschaft allenthalben, so etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, in der folgenden Äußerung Hitlers auf einer NSDAP-Versammlung am 2. Mai 1930 in Berlin: „Aber Volksherrschaft heißt nicht Massenwahnsinn, sondern Herrschaft der Besten. Nicht die Dummheit gibt Herrschaftsberechtigung, denn wer für das Parlament kämpft, kämpft für Dummheit.“⁸

Das „System“ – ebenfalls ein begriffliches Zitat aus Hitlers Kampfpropaganda gegen das Weimarer „System“ und seine „Systemparteien“ – gilt ohnehin lediglich als „Konstrukt der Alliierten, ein Staats-Surrogat ohne Souveränität und Legitimität“ (Beleg 747, Richter). „Das, was vor uns liegt, ist die Reststrecke eines korrupten Systems, was beseitigt gehört, weil es den Volkserhalt gefährdet“ (Beleg 649, Pastörs). In diesem Zusammenhang wird von der legitimen „Notwehr gegenüber einem korrupten und abgewirtschafteten Regime“ gesprochen (Beleg 674, Graf), womit ebenfalls ein zentraler Begriff der nationalsozialistischen Legalitätstaktik aufgenommen wird.²⁷ Ebenso wie Hitler und die nationalsozialistische Propaganda während der Weimarer Republik verbindet dies die Partei mit Drohungen gegen die gegenwärtigen Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie:

- „Die NPD tritt zwar für eine weitgehende Ausländerrückführung ein, zur Rechenschaft gezogen, und zwar wegen des Verbrechens der systematischen Umvolkung und Überfremdung bei gleichzeitiger Dezimierung des eigenen Volkes, müssen aber eines Tages die heute herrschenden Systempolitiker werden.“ (Beleg 662, Lennart)
- „Die Demokratur der BRD und ihre Apologeten, ihre Führungsschicht, sind nicht ideologisch verblindet und deswegen verdient diese Nomenklatura am Tag der Abrechnung auch keine Gnade.“ (Beleg 650, Pastörs)

Als Gegenbild wird halb konsequent, halb mit legalitätstaktischer Verbrämung die Forderung nach einer „Demokratie im besten Sinne, in der alles am Prinzip Volkserhalt ausgerichtet ist“, erhoben (Beleg 652, Pastörs). Offenkundig wird hier auch ein Täuschungsspiel mit dem Begriff der Demokratie getrieben. Da „Volk“ im Verständnis der NPD nicht die Staatsnation meint, sondern rassistisch-biologisch definiert wird, kann eine „Demokratie [= Volksherrschaft] im besten Sinne“ nichts anderes als ein rassistisches Regime sein, ähnlich wie es die NSDAP unmittelbar nach ihrer Machtübernahme in Deutschland etablierte. Im NPD-Organ „Deutsche

⁸ Anmerkung der VfZ-Redaktion: Hitlers Rede ist abgedruckt in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928-September 1930, Teil 3, herausgegeben und kommentiert von Christian Hartmann, München u.a. 1995, S.173-178, hier S. 177.

²⁷ Tatsächlich war der pervertierte „Notwehr“-Begriff ein zentrales Element der Hitlerschen Legalitätstaktik: Hitler vor dem Reichswehrprozess: „Wir sind überzeugt, daß wir zur Notwehr, wenn wir angegriffen werden, auch berechtigt sind.“ Ebd., S. 440.

Stimme“ sprach Per Lennart Aae 2010 vom NS-Regime als dem „*letzten selbstbestimmten – und damit im erweiterten Sinne demokratischen – deutschen Staat*“ (Beleg 770, Aae).

Der Bundesrepublik wird hingegen die demokratische Qualität abgesprochen. Vertreter der NPD fordern dazu auf, „*dieses Besatzungsregime, das sie Demokratie nennen*“ mit politischen Mitteln radikal zu bekämpfen (Beleg 653, Pastörs, ähnlich Beleg 787, Heise), sie bezeichnen den Deutschen Bundestag als „*Knesset an der Spree*“ (Beleg 264, Pastörs), also als Parlament, das angeblich nicht die deutschen Wähler, sondern israelische Interessen vertrete; sie stellen Veranstaltungen unter das Motto „*Freiheit statt BRD*“ (Beleg 265, Internetvideo²⁸) und bestreiten damit den freiheitlichen Charakter der Bundesrepublik; sie diffamieren die Arbeit nicht-rechtsextremer Abgeordneter als „*Merkantil-Parlamentarismus*“ (Beleg 647, Apfel). Und sie beziehen sich auch terminologisch auf eine andere Verfassungsordnung, nämlich das Deutsche Reich: „*Das Reich ist unser Ziel, die NPD unser Weg*“, erklärte etwa der nordrhein-westfälische NPD-Vorsitzende Claus Cremer im Jahr 2011 (Beleg 669, Cremer). Dass damit wohl nicht das Deutsche Reich der Kaiserzeit oder der Weimarer Republik gemeint ist, wo das Prinzip staatsbürgerlicher Gleichberechtigung galt, sondern das „Dritte Reich“, erschließt sich aus der Äußerung des NPD-Vorstandsmitglieds Eckart Bräuniger; demnach sei die Staatsbürgerschaft grundsätzlich nach dem Abstammungsprinzip zu bestimmen, mit folgender Einschränkung: „*Über Einzelfälle soll ein Reichsgericht entscheiden.*“ (Beleg 666, Bräuniger) Der Bundesvorstand des NPD-Jugendverbandes schrieb 2011: „*Über all die Jahre hindurch, gezeichnet von zwei großen und blutigen Kriegen, und 1945 besetzt und zerrissen, war das Deutsche Reich, die politische Schutzmacht des deutschen Volkes, nicht tot zu bekommen. Selbst heute noch, in dieser ungeistigen Zeit, existiert das Reich völkerrechtlich nach wie vor fort, was unter anderem auch das Bundesverfassungsgericht 1973 feststellen musste.*“ (Beleg 887, JN Bundesvorstand) Hier wird nicht nur fälschlich die Behauptung erhoben, das Bundesverfassungsgericht habe die staatsrechtliche Fortexistenz des Deutschen Reichs festgestellt, es werden, was die Territorialfragen betrifft, auch absichtsvoll die Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags sowie des deutsch-polnischen Grenzvertrags von 1991 ignoriert. Unter Abstreiten elementarer historischer Tatsachen²⁹, behaupten Vertreter der „Jungen Nationaldemokraten“: „*Das Reich hat niemals kapituliert und besteht immer noch fort!*“ (Beleg 886, JN Muldenthal) Die Bezeichnung Berlins als „*Reichshauptstadt*“ (z.B. Beleg 674, Graf) ist ein weiteres Beispiel für die Verwendung einer staatsrechtlichen Terminologie,

²⁸ So auch in Mecklenburg-Vorpommern: „Unter dem Motto ‚Freiheit statt BRD‘ lud der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern am 13. März 2010 zu einer richtungweisenden Saalveranstaltung. [...] Nach einleitenden Worten des Landesvorsitzenden Stefan Köster, der noch einmal die fundamentale Bedeutung der Kampagne ‚Freiheit statt BRD‘ erläuterte, ergriff der Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs das Wort. In seiner Rede ‚*Freiheit ist mehr als nur ein Wort*‘ nahm er kein Blatt vor den Mund und positionierte sich sowie die politische Arbeit der NPD in Mecklenburg und Pommern deutlich. Man wolle gerade nicht Teil des bundesrepublikanischen Systems werden, sondern fühle sich dem Kampf um die Freiheit verpflichtet, die sich eben nicht allein in der freien Kaufentscheidung erschöpfen dürfe.“ <http://www.mupinfo.de/?p=1059>.

²⁹ Die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reichs wurde am 8. Mai 1945 im Hauptquartier der US-Streitkräfte von Generaloberst Jodl und in derselben Nacht am 9. Mai im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst von Generalfeldmarschall Keitel unterzeichnet.

die nicht der Verfassungsordnung der Bundesrepublik entspricht, sondern auf deren Rechtsvorgänger verweist.

Nimmt man zu alledem die häufig und kalkuliert an der Grenze zur Legalität operierenden Aktionsformen der NPD, sowohl im Bereich der Propaganda als auch ihrer Aufmärsche, so sind die Parallelen zum Nationalsozialismus offenkundig und ihrerseits geeignet, eine Wesensverwandtschaft mit der NSDAP unter Adolf Hitler zu dokumentieren.

IX. Gewalt als politisches Mittel – Theorie und Praxis

Die Legalitätstaktik der NSDAP bis 1933 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Gewalt in Wort und Tat ein Kernstück der Ideologie und ein wesentliches Mittel des politischen „Kampfes“ dieser extrem militanten Partei blieb. Das manifestierte sich keineswegs nur in ständigen Gewaltandrohungen für die Zeit nach der „Machtübernahme“, etwa in ritualisierten Ankündigungen, dass die „Novemberverschörer“ – Juden, Kommunisten, „Marxisten“ – und Stützen des Weimarer „Systems“ zur Rechenschaft gezogen und dabei „Köpfe rollen“ würden. Auch die politische Propaganda der NSDAP setzte nach 1925 weiterhin auf Gewalt. Es gehörte zur Strategie von Joseph Goebbels, durch gezielte, teils provozierte, teils inszenierte Gewaltaktionen die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Medien auf die zunächst noch relativ unbedeutende Partei zu lenken. Dies gelang durch Saal- und Straßenschlachten mit politischen Gegnern, besonders mit Kommunisten, durch gewalttätig aufgeladene Demonstrationen, durch Aufmärsche in kleinen Orten, die regelrecht besetzt und terrorisiert wurden, sowie durch zahlreiche andere Aktionsformen einer „Propaganda der Tat“ und eines „Antisemitismus der Tat“.

Auch nachdem die NSDAP im Jahr 1930 vollends zur ernst zu nehmenden politischen Größe geworden war und verstärkt eine Machtübernahme über Wahlerfolge anstrebte, blieb Gewalt ein zentraler Bestandteil ihrer Agitation. Wenn die politische Gewalt am Ende der Weimarer Republik ubiquitär wurde, so hatten die NSDAP und die SA daran einen maßgeblichen Anteil – der „Altonaer Blutsonntag“ und der Mord von Potempa sind dafür nur zwei, besonders spektakuläre Beispiele aus dem Sommer 1932. Neben der Propaganda durch punktuelle exzessive Gewalttaten stand die Propaganda durch eine gewalttätige Sprache in Reden, Artikeln, Karikaturen, Filmen und auf Plakaten. Die nationalsozialistischen Propagandisten verstanden sich als „politische Soldaten“, die einen „Krieg“ gegen das „System“ und einen „Kampf um Berlin“ (so der Titel eines NSDAP-Propagandafilms von 1928) führten und ihre Feinde „zerschmettern“, „zusammenhauen“, „zerstören“ wollten und anderes mehr.

Allerdings vermied – auch das ist charakteristisch für die Strategie der NSDAP vor 1933 – diese Partei in der Regel die offene gewalttätige Konfrontation mit dem Weimarer „System“. Die Erfahrung des misslungenen Hitler-Putsches vom November 1923 saß tief. Deshalb versuchte diese Partei permanent ihre politischen und rechtlichen Grenzen auszureizen. Der

Straßenkampf, der gewöhnlich mit Fäusten und Knüppeln und nur selten mit Schusswaffen ausgefochten wurde, kontrastierte scharf mit den permanenten „Legalitäts“-Beteuerungen, wie sie fast schon gebetsmühlenartig von Hitler und seiner Entourage vorgetragen wurden. Diese Beteuerungen waren freilich mehr als bloße Propaganda. Das Ziel, die politische Macht über Wahlen zu gewinnen, in Kombination mit der permanenten Androhung und auch Praxis einer Art „kontrollierten“ Gewalt charakterisierten die Politik der NSDAP vor 1933. In diesem Zusammenhang ist noch ein zweites Element zu beachten: Die Führung der NSDAP und insbesondere die der SA erwartete von ihren Gefolgsleuten Disziplin, unbedingte Gefolgschaft und auch eine entsprechende Opferbereitschaft. Die Strategie der kalkulierten Gewalt, einer ständigen Provokation, ohne die Konflikte dann wirklich zu entscheiden, sorgte für eine verhältnismäßig hohe Zahl an Opfern, auch innerhalb der NSDAP und der SA. Sie wurden von deren Führung nicht nur zu politischen Märtyrern stilisiert, sie waren auch ein Grund dafür, dass die Gewalt der SA nach der „Machtergreifung“ förmlich explodierte.

All dies sind Erscheinungen, die sich auch bei der NPD beobachten lassen. Auch Funktionäre der NPD verstehen sich dezidiert als „politische Soldaten“ (Beleg 1298, Konzeptpapier; Beleg 1392, Richter; und öfter). In einem Artikel zum Pfingstlager 2010 wird gefordert: *„Ziel soll es sein, einen einheitlichen Jugendbund von politischen Soldaten zu errichten, der in der Lage ist, dem liberalkapitalistischen System den Todesstoß zu versetzen und ernstzunehmende Alternativen in Politik, Leben und Kultur unseres Volkes zu bilden.“* (Beleg 3002) Neben dem „Kampf um die Köpfe“ und dem „Kampf um die Parlamente“ wird der „Kampf um die Straße“ propagiert (z.B. Beleg 1297, Voigt). Eine bewusst militante Terminologie mit Begriffen wie „Angriff“, „Kampf“, „Truppe“, „Front“ etc. unterstreicht diesen Anspruch. So postuliert der langjährige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt den *„Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands, den es zu führen gilt an allen Fronten, auf allen Ebenen und mit allen uns Deutschen würdigen Mitteln!“* (Beleg 2872, Voigt) Der stellvertretende Bundesvorsitzende Udo Pastörs erklärt:

„[Und] wenn wir Schulterchluss haben, dann sind wir auch wieder in der Lage anzugreifen, dieses System, auf der Straße und in den Parlamenten. [...] Nein meine lieben Freunde, auch wer zu früh kommt, den bestraft das Leben und deswegen braucht man eine so kleine Kampftruppe, wie wir es sind [...] und dafür müssen wir arbeiten, kämpfen, notfalls auch bluten. Angriff heißt die Parole, aber nicht blind agieren. [...] Die NPD hat nichts anderes als Auftrag als Werkzeug zu sein, politisches Werkzeug um einen Maximalschaden – keinen Kollateralschaden, damit sind wir nicht zufrieden – wir wollen den Maximalschaden dieses Parteienstaates, der nichts anderes ist als der verlängerte Arm Usraels, meine sehr verehrten Damen und Herren.“ (Beleg 2894, Pastörs)

Das Ziel, außerparlamentarisch zu agitieren und auch zu agieren, wird mehr oder weniger deutlich mit dem historischen Vorbild der NSDAP in Beziehung gesetzt. So heißt es auf einer Internetseite der JN: *„Verlassen wir endlich die parlamentarische Einbahnstraße und fangen*

wir endlich an, konzentrierte politisch-weltanschauliche Graswurzelarbeit zu betreiben. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine junge und dynamische Bewegung auf diese Weise ein ganzes System aus den Angeln hebt.“ (Beleg 1314, Kempf) Noch deutlicher wird der stellvertretende Bundesvorsitzende Karl Richter: „Im Gegensatz zu uns war die NSDAP in Stil, Auftreten und Methoden eine ultramoderne Massenpartei, die es damit konkurrenzlos erfolgreich in die Mitte des Volkes schaffte. Dort müssen wir auch hin!“ (Beleg 1369) Die JN fordern daher den Aufbau einer „strukturierten Kampfformation“ außerhalb des Parlaments (Beleg 1385). Auch die JN propagieren, wenn auch verklausuliert, den Kampf um die Straße: „Die Parole lautet von nun an: Weg von der ‚Jugendorganisation‘, weg vom Bild der ‚Junior-NPD‘ und hin zur Kampfgemeinschaft im vorkommunistischen Raum, hin zur bundesweiten Formation politischer Soldaten! Heil Deutschland.“ (Beleg 1915, Schäfer/Gärtner, Artikel „Die organisierte Volksfront – Die JN im Kampf um den vorkommunistischen Raum“)

Untrennbar verbunden mit dieser Form einer militant-aggressiven Selbstdarstellung ist die permanente und offene Bedrohung politischer Gegner. Besonders deutlich sind in dieser Hinsicht die Verlautbarungen hoher NPD-Funktionäre wie Udo Voigt und Udo Pastörs. „Wenn wir dereinst die Regierung stellen“, so Voigt, „werden wir natürlich Minister, Abgeordnete wie auch Beamte daraufhin überprüfen lassen, ob sie im Rahmen ihres Amtseides zum Wohl des deutschen Volkes gehandelt haben. Die Angst erwischt und eines schönen Tages vielleicht sogar bestraft zu werden, ist also begründet und sollte uns schon bald Millionen neue Wähler zutreiben, die mit denen da oben noch eine Rechnung offen haben.“ (Beleg 2875, Voigt, „Die Etablierten: Ein Leben mit der Angst im Nacken“) Oder an anderer Stelle Voigt noch kürzer und deutlicher: „Sie sollen Angst vor uns haben.“ (Beleg 2873, Voigt) Die unverhohlenen Drohungen von Pastörs gehen in dieselbe Richtung: „Sind das wirklich politische Zwergengehirne, die dort agieren, oder sind das schon längst bewusste Hochverräter, die das deutsche Volk für immer entmündigen wollen, liebe Freunde. Ich neige dazu, letzteres anzunehmen, denn wenn man letzteres annehmen darf, dann ziehen wir eines Tages daraus auch die Legitimation, diese Leute vor ein ordentliches deutsches Volksgericht zu ziehen.“ Besonders bemerkenswert ist an dieser Stelle der direkte, ungetarnte Bezug auf den nationalsozialistischen Volksgerichtshof, von dem während der Jahre 1933 bis 1945 über 5000 Menschen zum Tode verurteilt wurden. Pastörs jedenfalls will „Betrüger und Verräter ausjäten“, eine Terminologie, die im Duktus stark an die Reden eines Roland Freisler erinnert (Beleg 2892, Pastörs) Das ist nicht der einzige Hinweis auf das historische Vorbild. Im Stile der Gestapo, die scheinbar über ein allmächtiges Wissen über ihre Gegner verfügte, skandierten Vertreter der NPD bei öffentlichen Aufmärschen: „Rote haben Namen und Adressen – kein Vergeben, kein Vergessen! [...] Wir haben diese Namen und wir haben die Adressen. Das sind die Hintermänner, das sind die Hetzer. Wir kriegen euch alle!“ (Beleg 2920, Giesen)

Neben dieser Form der Auseinandersetzung, die in Stil und Zielsetzung stark dem Verhalten der NSDAP in ihrer „Kampfzeit“ ähnelt, lassen sich in den vorliegenden Quellen auch einzelne Tendenzen erkennen, die auf eine systematische paramilitärische Vorbereitung einer „nationalen Machtübernahme“ hindeuten. Besonders aufschlussreich sind in dieser Hinsicht

die Auslassungen von Andreas Storr, der in einem Interview mit Karl Richter („*Wir dürfen nicht den angepassten Weg gehen*“) meint, die NPD habe „*viel zu stark den Habitus einer ‚einfachen Partei wie die anderen auch‘*“. Sie müsse aber vielmehr eine „*gewisse Auseinandersetzungsbereitschaft und Verachtung gegenüber den politischen Volksverrättern*“ an den Tag legen. Er empfiehlt eine „*politische ‚Partisanentaktik‘*“ (Beleg 2958, Storr) – was immer unter diesem vielschichtigen Begriff zu verstehen ist. Auch der NPD-Funktionär Rigolf Hennig möchte „*die Wende gestalten*“. Er rät „*angesichts der gegebenen Machtverhältnisse [...] gegenwärtig nicht zu tätigem Widerstand*“, räumt aber gleichzeitig ein: „*doch die Machtverhältnisse ändern sich und es gibt vorbereitende Maßnahmen*.“ Seine Empfehlung: „*Hierbei sind vorhandene Strukturen zu nutzen, neue zu schaffen und das Netzwerk ist flächendeckend zu gestalten. Dieses Netzwerk beinhaltet auch den Selbstschutz in Bürgerwehren, die Schulung in Selbstschutz und Bewaffnung*.“ (Beleg 2926, Hennig) Dies sind unmissverständliche Hinweise darauf, dass sich zumindest Teile der NPD systematisch mit dem Gedanken einer gewaltsamen Auseinandersetzung im Innern um die Macht beschäftigen.

Besonders geschmacklos sind schließlich die Klagen des derzeit amtierenden Bundesvorsitzenden der NPD Holger Apfel. Er schreckt nicht davor zurück, aus den Morden der NSU politisches Kapital zu schlagen. „*[...] wir erleben in den letzten Wochen eine beispiellose Pogromhetze gegen die volkstreue Opposition. Schamlos wird eine bis heute unaufgeklärte Mordserie instrumentalisiert, um neue Überwachungsmechanismen, immer neue Strafgesetze und möglichst auch ein Verbot gegen unsere NPD durchzusetzen*.“ (Beleg 2877, Apfel)

Einen Höhepunkt im Bekenntnis zur Gewalt bilden die Überlegungen des stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Karl Richter. Ein für sich genommen harmloses und unbelastetes Thema: die Odyssee, gerät bei ihm zur Rechtfertigung genozidaler Strategien und Methoden. Seine Ausführungen lassen sich als direkter Anschluss an jene Rechtfertigungsstrategien lesen, die seinerzeit auch von Organisatoren und Exekutoren der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie vertreten wurden:

„Die große Abrechnung, die finale Wiederherstellung der Ordnung ist ein Thema des abendländischen Mythos geblieben, bis heute. [...] Jedwede Amnestie wäre daneben. Wer mit der Fremdherrschaft ins Bett stieg, gehört weg, ohne viel Federlesens; Kropfzeug, das man ausmisten muss. Will man verhindern, daß es wieder hochkommt – weiß der Mythos. [...] Es ist Europas unverhohlene Verherrlichung von Intoleranz und Massenmord, das Vermächtnis vom Großreinemachen, das ewig gültige Hohelied der gerechten Ordnung. Letztere fällt leider meist nicht allein vom Himmel.“ (Beleg 2902, Richter, „*Wie meinten Sie das, Herr Homer? Ithaka in Bottrop – warum die ‚Odyssee‘ eigentlich verboten gehört*“)

Allein solche Worte lassen keinen Zweifel daran, dass Gewalt in Theorie und Praxis, in Wort und Tat, für die NPD in ihrer Gesamtheit kein Tabu darstellt. Besonders erschreckend sind dabei die verschiedenen Spielarten von Gewalt, mit der diese Partei nicht nur gedanklich experimentiert. Das beginnt mit einer allgemeinen Militanz, dem „Kampf auf der Straße“, wie

er schon das Erscheinungsbild der NSDAP prägte, setzt sich fort in einer systematischen Einschüchterung und Bedrohung der Gegner und erstreckt sich schließlich auch auf Bereiche, die man unter den Schlagworten „paramilitärische Aufrüstung“ oder gar Rechtfertigung genozidaler Strategien bezeichnen kann.

Die unverhohlenen Bekenntnisse zur Gewalt sind ein zentrales Charakteristikum der NPD. Auch darin ist die NPD wesensverwandt mit der NSDAP. Dabei sind in diesem Vergleich noch nicht einmal die tatsächlichen Gewalttaten von NPD-Mitgliedern oder von der Partei nahestehenden Gruppierungen und Einzeltätern eingerechnet.

X. Fazit

Wie die historische NSDAP mit Adolf Hitler als „Führer“, so ist auch die NPD geprägt von einer totalitären und demokratiefeindlichen Ideologie. Mit Blick auf die ideologischen Kernelemente – biologistisch-rassistisch fundiertes Freund-Feind-Denken, militanter Antiliberalismus, Antiindividualismus und Antisemitismus – lässt sich eine Wesensverwandtschaft zwischen NPD und NSDAP eindeutig nachweisen. Die Belege für die extrem antisemitische Einstellung von führenden Politikern und Publizisten der NPD sind so zahlreich und ihre Übereinstimmungen mit der NS-Ideologie bis in die Wortwahl hinein so evident, dass es über die Wesensverwandtschaft der NPD mit der radikalen Judenfeindschaft der NSDAP keine Zweifel geben kann. Auch die Aneignung und der Gebrauch ideologischer Versatzstücke aus dem Fundus der NSDAP sind eindeutig. Ebenso evident sind die Parallelen zwischen den von den Nationalsozialisten bis 1945 propagierten apologetisch-aggressiven historisch-politischen Lesarten internationaler Beziehungen und den nun von NPD-Autoren bis zur Gegenwart bemühten Konstruktionen kontrafaktisch-umwertender Formulierungen zur internationalen Geschichte und Politik. Die Repräsentationsformen des historischen Nationalsozialismus dienen in einem Maße als Fundus und Vorbildcharakter für die NPD, dass sich darin ebenfalls eindeutig Elemente der Wesensverwandtschaft erkennen lassen. In der Verehrung zentraler Kultfiguren des nationalsozialistischen Deutschland, die in ihrer historischen Vorbildfunktionen herausgehoben werden, verdichtet sich die Wesensverwandtschaft zwischen NSDAP und NPD bis zur Wesensidentität. In der Summe bietet das vorliegende Material den vielfachen Nachweis einer historisch abgeleiteten Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP.

*Magnus Brechtken, Axel Drecol, Christian Hartmann, Johannes Hürter,
Thomas Vordermayer, Andreas Wirsching, Jürgen Zarusky*